

PROTOKOLL

**über die 2. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 13. November 2003, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Belinda Kastlunger

ENTSCHULDIGT: Mag. Gerhard Klausberger

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) ANGELOBUNG EINES NEUEN GEMEINDERATSMITGLIEDES
- 3) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG
- 4) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 5) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 6) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 7) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
- 8) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) GHJ2-27/03 Errichtung eines „Lernateliers“ in der Musikhauptschule Promenade 16.
- 2) Fin-199/03 Verein für Städtefreundschaften; Subventionsansuchen 2003.
- 3) Ha-5521/91 Vertrag Stadt Steyr – Waizinger GesmbH & Co KG über die Müllsortierung, Beauftragung von Herrn RA. Dr. Michael Breitenfeld mit der Erstellung eines Rechtsgutachtens.

4) Fin-214/03 Campingplatz Forelle Steyr; Kostenübernahme von Schadensbehebungen infolge Hochwasser August 2002.

5) K-56/03 Hip-Hop-Musical Julia & R am Samstag, 4. 10. 2003.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

1) Fin-110/03 Nachtragsvoranschlag 2003.

2) FW-13/03 Ankauf eines Kommandofahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

3) FW-9/03 Ankauf Aufbau und Aufrüstung für ein Schweres Rüstfahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

4) Bau-Gru-24/01 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 – Fa. Estate; Fachmarktzentrum Tabor.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

5) K-87/03 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2003.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

6) Fin-186/03 Polizei-Sport-Vereinigung Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Überdachung der Stock- und Bahnengolfanlage anlässlich der Bahnengolf-Weltmeisterschaft 2005.

7) Fin-220/99 ATSV Stein; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Sanierungsarbeiten sowie bauliche Maßnahmen am Sportheim und am Sportplatz.

8) Sport-12/02 Sportehrenzeichenverleihung 2003.

9) GHJ2-64/03 Erhaltung von Magistratswohnobjekten in Verwaltung der GWG; Auszahlung des 1. Teilbetrages.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

10) Fin-165/03 Gesellschaft der Musikfreunde Steyr; Subvention für Orchesterkonzert.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

11) Fin-228/03 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschuss zum Ankauf eines Midi-Busses.

12) Stw-88/03 Städtischer Verkehrsbetrieb; Preisanpassung per 1. 1. 2004.

13) Stw-89/03 Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2004

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

14) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Auftragserweiterung Leitnerberg.

15) Fin-43/03 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 12; Annahme Fördervertrag.

16) Fin-172/01 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 10; Annahme Fördervertrag.

17) BauT-3/03 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Kanalbauarbeiten „Erneuerung NK Liedgutweg 2, Baulos 2003“; Baustellenkoordination nach BauKG und Beweissicherungen.

18) BauT-13/02 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Steyrdorf Teil 6; Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für zusätzliche Arbeiten.

19) BauGru-7/03 Bebauungsplan Nr. 5 – „Christkindl“; Änderung Nr. 6.

20) BauGru-28/03 Neuplanungsgebiet Nr. 3 – Hochwasserabflussbereiche.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die heutige GR-Sitzung offiziell eröffnen. Ich möchte feststellen, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit möchte ich ebenfalls feststellen. Protokollprüfer sind heute GR Martin Fiala und GR Kurt Apfelthaler. Entschuldigt ist GR Mag. Klausberger. StR Walter Oppl kommt etwas später.

Ich komme zu Punkt 2), Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes.
Herr Stadtrat Gunter Mayrhofer hat mir mit Schreiben vom 3. Nov. 2003 mitgeteilt, dass er auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichtet.

Aufgrund dieser Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates der Stadt Steyr seitens der ÖVP-Fraktion kommen.

Da auch Verzichtserklärungen von Frau Maria Koppensteiner und Herrn Mag. Günter Mitter eingelangt sind, ist in der heutigen Sitzung des Gemeinderates Herr DI Christian Altmann anzugeloben. Ich bitte Herrn Altmann zu mir heraus.

Die Gelöbnisformel lautete:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Ich ersuche sie nun, Herrn DI Christian Altmann, die Worte „ich gelobe“ zu leisten.

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön Herr Altmann, ich begrüße sie im Gemeinderat.

So, somit haben wir einen neuen, jungen Gemeinderat, den jüngsten Gemeinderat in unserer Runde.

Ich komme zu Punkt 3), Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. 10. 2003 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt.

Bedingt durch die Zurücklegung des Gemeinderatsmandates durch Herrn StR Gunter Mayrhofer ist auch eine Änderung der personellen Zusammensetzung der Gemeinderatsausschüsse bei der ÖVP-Fraktion notwendig. Es wurde mir ein entsprechender Wahlvorschlag für die Wahl der Ausschussmitglieder seitens der ÖVP-Fraktion übermittelt. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind. Dieser Vorschlag lautet:

Im Kulturausschuss:

Als Ersatzmitglied: DI Christian Altmann anstelle von Gunter Mayrhofer

Im Bauausschuss:

Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner anstelle von Gunter Mayrhofer
(er bleibt jedoch Vorsitzender im Bauausschuss)

Im Verkehrsausschuss:

DI Christian Altmann anstelle von Gunter Mayrhofer

Im Umweltausschuss:

DI Christian Altmann anstelle von Gunter Mayrhofer

Im Ausschuss für Schule und Sport:

Als Ersatzmitglied: DI Christian Altmann anstelle von Gunter Mayrhofer

Ich ersuche daher die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Zeichnen der Zustimmung mit dem eingebrachten Wahlvorschlag, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Danke, einstimmige Annahme. Damit gelten die von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Ich komme zu Punkt 4), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Mit Schreiben vom 6. November 2003 richtete Frau Mag. Michaela Frech folgende Anfrage betreffend die Nachmittagsbetreuung in der HS Ennsleite an mich. Ich habe diese an den zuständigen politischen Referenten, Herrn Vizebürgermeister Gerhard Bremm, weitergeleitet und ersuche ihn, diese Anfrage zu verlesen und zu beantworten:

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anfrage gem. § 12 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für berufstätige Eltern ist es enorm wichtig, ihre Kinder während der eigenen Arbeitszeit gut betreut zu wissen. Aufgrund der heutzutage üblichen flexibleren Arbeitszeiten stellt sich aber immer öfters heraus, dass die wenigen vorhandenen Angebote oftmals nicht den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern entsprechen. In ganz Steyr gibt es meinen Informationen zufolge sogar nur eine einzige Ganztagschule und das ist die HS-2 Ennsleite.

Der Großteil dieser Eltern arbeitet von Montag bis Freitag, viele auch am Samstag und/oder Sonntag. Für diese ist es ohnedies schwierig genug, am Samstag oder Sonntag eine Betreuung zu organisieren bzw. unter der Woche dafür zu sorgen, dass die Kinder von der Schule nach Hause gelangen, da die Ganztagsbetreuung im Regelfall vor der Arbeitszeit der Eltern endet. Nun stehen die Eltern zusätzlich noch am Freitag vor einem Betreuungsproblem.

Die HS 2 Ennsleite bietet nämlich ab heuer die Nachmittagsbetreuung nun mehr von Montag bis Donnerstag an. Doch nicht nur die Nachmittagsbetreuung endet mit Donnerstag, auch das tägliche Mittagessen gibt es am Donnerstag das letzte Mal. Am Freitag wird die Ganztagschule zur Halbtagschule reduziert. Kein Mittagessen, keine pädagogisch wertvolle Nachmittagsbetreuung, dafür massive Probleme für jene Eltern, die sich bei der Anmeldung in diesem Schultyp darauf verlassen haben, dass ihr Kind in einer Ganztageschule auch tatsächlich während der Woche den ganzen Tag betreut wird und nicht nur an vier Tagen. Gerade in Zeiten, wo seitens der politisch Verantwortlichen ständig die Rede ist von einer besseren Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, zeigt dieses Beispiel drastisch auf, wie stark die Realität und die diversen Sonntagsreden mitunter auseinanderdriften.

In diesem Zusammenhang stellt das Bürgerforum Steyr folgende Fragen:

1. Warum wurden die Fraktionen des Steyrer Gemeinderates nicht im Vorfeld durch den zuständigen politischen Referenten darüber informiert, dass die Ganztageschule am Freitag zur Halbtageschule reduziert wird?
2. Meine Recherchen ergaben, dass aufgrund der Stundenreduktion im Unterrichtsbereich im

gleichen Ausmaß der Bedarf an Betreuungsstunden gestiegen wäre und für diese Betreuungsstunden die Stadt Steyr einen Teil der Kosten zu tragen hat.

Die Stadt Steyr war angeblich nicht zur Kostenübernahme bereit, worauf die Schule nur die Wahl zwischen zwei Übeln hatte: entweder während der Woche die Betreuung bereits gegen 16 Uhr enden zu lassen oder einen Betreuungsnachmittag zu streichen.

Wie hoch ist der Abgang, welcher der Stadt Steyr pro Schuljahr durch diese Nachmittagsbetreuung an der HS 2 Ennsleite entstehen?

Wie hoch wären die zusätzlichen Kosten für dieses Mehr an Betreuungsstunden für dieses Schuljahr gewesen, welche die Stadt zu tragen gehabt hätte?

3. Wurde den Eltern zumindest das Angebot gemacht, den zusätzlichen Betreuungsbedarf einerseits durch einen höheren Beitrag der Eltern und andererseits durch einen Zuschuss der Stadt Steyr abzudecken?

Wenn nein, warum nicht?

4. Gerade der Freitag Nachmittag ist jener Tag, an dem sich Eltern, die im Handel beschäftigt sind, im Regelfall nicht freimachen können. Sie sind daher auf eine Betreuung angewiesen und wollen auch eine warme Mahlzeit für ihr Kind. Können die Schülerinnen und Schüler zumindest an diesem einen Tag den Hort besuchen?

Wenn nein, warum nicht?

6. Finden sie, dass dieses reduzierte Betreuungsangebot beibehalten werden soll? Wenn nein, was gedenken sie zu tun, um den ursprünglichen Mindeststandard wieder herzustellen?

Um Beantwortung dieser Anfrage durch den zuständigen Referenten in der nächsten Gemeinderatssitzung vom 13. 11. 2003 wird höflichst gebeten.“

Mit freundlichen Grüßen Mag. Michaela Frech, GR der Stadt Steyr.

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte den GR vorweg nur darüber informieren, dass dieses Thema im Vorjahr, im Herbst 2002, eines gewesen ist in der GTS, nur damit man weiß, von was man redet.

Zur Frage 1) kann ich sagen, Frau Kollegin Frech, gerade sie sind immer jene, die mit dem Statut hier heraußen steht und „wachtelt“ und sagt, die Fraktionsvorsitzenden haben keine offizielle Aufgabe und sind kein offizielles Gremium ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Fraktionsvorsitzenden haben sehr wohl eine Aufgabe.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sie selbst sagen immer, wenn wir uns auf die Fraktionsvorsitzendenkonferenz berufen haben, dass dort beredet und besprochen worden ist, sind immer sie diejenige die sagt, die Fraktionsvorsitzenden gibt es nicht im Statut in der Form, die haben keine rechtliche ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz, das sind zwei Paar Schuhe.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sie können nachher reden, jetzt bin ich dran. Sie haben die Frage an mich gestellt, sie haben sich ja schon länger damit beschäftigt.

Ich will da jetzt nur festhalten, dass die Fraktionsvorsitzenden in dieser Frage kein Gremium ist das zu informieren ist. Es ist aber dieser Punkt in einer StS-Sitzung im vergangenen Jahr einer Behandlung unterzogen worden. Wenn sie die Stadtsenatsunterlagen, die ja jedes GR-Mitglied bekommt, aufmerksam gelesen haben, dann wissen sie sehr wohl, dass der hohe Stadtsenat sich mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Wir haben diesen Punkt im Stadtsenat zurückgestellt mit dem Auftrag an den Referenten die Kostenentwicklung in der GTS zu überprüfen und anzuschauen und dann zu einer Regelung zu kommen. Das habe ich auch auftragsgemäß getan. Wir haben uns dann auch intensiv darüber unterhalten, wo auch sie dabei gewesen sind Frau Kollegin Frech. Also, hier und da kann ich das nicht zusammenknüpfen, was sie da verfolgen. Sie sind dabei gewesen, der Kollege

Kupfer war dabei, die Kollegin Koppensteiner war dabei.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die Kollegin Frech war an dem Abend nicht dabei, aber sie war eingeladen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Entschuldigung, das muss ich zurücknehmen, aber ich war der Meinung, sie waren auch dabei. Es ist im politischen Gremium im StS behandelt worden. Es ist die Aufgabe der Verwaltung, der zuständigen Fachabteilung und des zuständigen Referenten, das Budget einzuhalten und den Budgetvollzug auch durchzuführen und das habe ich gemäß den Statuten auch dort vorbereitet und versucht.

Zur Frage 2) kann ich sagen:

Der Abgang, welcher der Stadt Steyr pro Schuljahr durch diese Nachmittagsbetreuung an der HS 2 Ennsleite entsteht, betrug im Schuljahr 2002/2003 € 21.102,--, wobei der durchschnittliche Abgang rückgerechnet auf die letzten 7 Schuljahre (bis 1996) € 19.447,-- beträgt.

Die zusätzlichen Kosten ohne Stundenreduktion der Nachmittagsbetreuung hätte für die Stadt Steyr einen Mehraufwand von ca. € 5.000,-- bedeutet. Wobei das nicht ganz so richtig ist, die Stadt Steyr hat ja nicht die Betreuungsstunden reduziert, sondern richtig ist ja, dass vom Ministerium, vom Bund her, die verbindlichen Übungen gestrichen worden sind und somit die Schulzeit reduziert worden ist. Dadurch sind höhere Kosten bei den Betreuungsstunden aufgetreten. Also das sind Maßnahmen vom Bund her, die dann auf die Stadt zurückfallen.

Frage 3: Mit der Direktion der HS 2 Ennsleite wurde die Problematik der Betreuungsstunden diskutiert, wobei in Entsprechung des dementsprechenden Schulgesetzes die Nachmittagsbetreuung bis zum Schuljahr 2002/2003 um 17:05 Uhr geendet hat. Der Gesetzgeber sieht hier die Möglichkeit vor, dass der Unterricht zwischen 16:00 und 18:00 Uhr zu enden hat, so dass die Reduktion auf 9 Einheiten pro Tag eine Möglichkeit gewesen wäre und der Unterricht täglich um 16:15 Uhr geendet hätte.

Die Leitung der HS 2 Ennsleite mit Nachmittagsbetreuung hat die Elternvertretung mit dieser Problematik konfrontiert, wobei im Einvernehmen festgelegt wurde, das die tägliche Unterrichtsstunde von Montag bis Donnerstag bei 17:05 Uhr zu belassen sei, jedoch dafür das Schulunterrichtsende am Freitag mit Mittag enden soll. Dies wurde der Stadt Steyr durch die Direktion mit Schreiben vom 3. Juli 2003 mitgeteilt. Wir haben dann anschließend auch eine Diskussion in der Schule mit dem Elternverein, mit den Lehrkörpern, mit der Direktion durchgeführt und es ist diese Vorgangsweise, dass Freitag ab Mittag Schulschluss ist, einhellig und einstimmig beschlossen worden. Also, es waren alle eingeladen und es ist dort die einhellige Auffassung in diese Richtung getroffen worden.

Die Tarifordnung für ganztägige Schulformen in der Stadt Steyr wurde in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr letztmalig am 4. Juli 2002 beschlossen, wobei die Indexsteigerung jährlich vor Beginn des nächsten Schuljahres miteingerechnet wird.

Frage 4: Diese Frage ist nicht in meiner Ressortzuständigkeit und nicht in der FA für Schule und Sport zu klären, das ist in einem anderen Bereich. Nur ein Satz dazu: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind in der GTS von der ursprünglichen Form der verschränkten Abfolge gebeten worden abzugehen. Das war noch unter Dir. Schlemmer, aus dem Grund, weil immer weniger Schüler ...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Dir. Schmidt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Entschuldigung, Dir. Schmidt - ... die verschränkte Schulform gewünscht und genutzt haben. Die verschränkte Schulform war nämlich jene, dass der Schulunterricht von Montag bis Freitag jeweils um 17.05 zu enden hat und dies hat nicht mehr dem Zeitgeist, den Ansprüchen, den Wünschen, wie immer man das sehen will, entsprochen. Dir. Schmidt ist gekommen und hat gebeten von dieser Form Abstand zu nehmen, weil nämlich mit dieser Form die GTS nicht mehr längerfristig aufrechtzuerhalten ist. Das war eine Entwicklung, die von der Stadt nicht zu beeinflussen gewesen ist. Wir haben dann die getrennte Abfolge gewählt, damit die Eltern oder die Kinder wählen können unter einem Tag Nachmittagsbetreuung, 2 Tage, 3 Tage, 4 Tage oder 5 Tage. Also, die Wahlmöglichkeit war gegeben. Wir haben festgestellt, dass die überwiegende Anzahl, nicht alle, aber die überwiegende Anzahl der

Schüler oder der Eltern die Wahlmöglichkeit für 3 Tage Nachmittagsbetreuung gewählt haben. Also, nicht für 5 Tage, nicht für 4 Tage sondern für 3 Tage. Auch in diesem Jahr, und es ist erfreulich, dass der Zuspruch in der GTS wieder gestiegen ist, wir haben in diesem Schuljahr 2003/2004 an die 190 Schülerinnen und Schüler in der GTS, aber auch hier ist festzustellen, dass die überwiegende Schüleranzahl die Wahl getroffen hat, 2 bis 3 Tage Nachmittagsbetreuung zu nehmen und nicht darüber hinaus. Also, nur mehr ein geringer Teil, gut 30 Schülerinnen und Schüler, haben die Wahlmöglichkeit von 4 Tagen Nachmittagsbetreuung gewählt. Es ist nicht unbedingt so, dass hier der riesige Bedarf gegeben ist. Das hat sich in diesen Jahren hier gezeigt.

Als Nebensatz: Der Hort selbst, das muss anderweitig geklärt werden ob das eine oder andere Kind am Freitag einen Hort besuchen kann, das kann ich nicht beantworten.

Die Frage 5), haben sie nicht angeführt.

Frage 6: Aus Kostengründen, und die Kosten für die Stadt steigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bund reduziert die Stunden. Also das ist ein Faktum, das sehen wir überall. Ich hoffe, und wir haben heute kurz die Debatte im Parlament gehört, dass hier doch die Betreuungsstunden nachmittags auch ein bundesweites Thema sein werden und ich hoffe, dass da auch Steyr davon profitieren wird, dass seitens des Bundes auch finanzielle Mittel für die Nachmittagsbetreuung übernommen werden könnten. Also, wir sehen wie sich das ergibt, es ist nicht ganz so klar in dieser Debatte herausgekommen. Aber diese Kosten steigen für die Stadt und dass der Zuschussbedarf der Stadt für die Nachmittagsbetreuung wiederum über das durchschnittliche Ausmaß hinaus steigen würde, aus diesem Grund haben wir diese Möglichkeit gewählt und haben das auch einhellig so vereinbart. Rechnet man zum Abgang der Nachmittagsbetreuung in Höhe von ca. € 21.000,--, die netto für die Stadt herauskommen, noch den Zuschussbedarf für die Ausspeisung in der HS 2 Ennsleite in der Höhe von ca. € 58.000,-- hinzu, so zeigt dies, dass der Zuschussbedarf pro Jahr nur für diesen Bereich ca. € 79.000,-- beträgt. Also, das ist schon ein beachtlicher Betrag den die Stadt dazubezahlen muss. Es muss natürlich geschaut werden, dass die Kosten nicht entgleiten und die Kosten nicht uferlos steigen sondern, dass wir die Kosten halbwegs in Grenzen halten. Das wollte ich nur zur Beantwortung dieser Anfrage sagen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zusatzfrage Herr Vizebürgermeister. Sie haben gesagt in der Antwort zur Frage 2 b), dass die zusätzlichen Kosten für diese Betreuungsstunden um die es geht, 5.000,-- € gewesen wären. Wenn man davon ausgeht, dass man sich das mit den Eltern aufteilt, sind wir bei ungefähr 2.500,-- €. Ich würde sie bitten Herr Vizebürgermeister zumindest über diese 2.500,-- € noch einmal zu debattieren und das auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des nunmehr wieder vorhandenen Ausschusses für Schule und Sport zu setzen. Sind sie bereit, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen? Es geht um 2.500,-- Euro.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, es geht nicht um 2.500,-- €, es geht um 5.000,-- €. Es ist schon sehr mutig von ihnen, sich da herein zu setzen und über die Köpfe der Eltern hinweg zu bestimmen, dass die ab sofort wahrscheinlich, meinen sie, oder zumindest ab nächstem Semester 2.500,-- Euro zu berappen hätten, weil das müssten nämlich die Eltern bezahlen. Diese Regelung, die wir jetzt haben, ist einhellig und einstimmig, und nehmen sie das doch zur Kenntnis Frau Kollegin Frech, und der Kollege Kupfer war Zeuge dabei, mit den Eltern ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Eltern haben das nicht einmal gewusst Herr Kollege Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wenn es eine Elternversammlung war, wenn der Elternverein dabei gewesen ist und es waren alle Eltern eingeladen. Das war ja nicht im stillen Kämmerlein zwischen Direktion und der Vertreter der Stadt sondern, das war eine offiziell eingeladene Sitzung des Elternvereines, wo der Lehrkörper dabei war, die Direktorin, der Elternverein und wie gesagt die Eltern und das ist einhellig dort, diese Vorgangsweise, so abgestimmt worden. Da gebe ich nichts dazu und da gebe ich nichts weg. Ich war heute noch bei der Frau Direktorin, weil sie mich um ein Gespräch gebeten hat, und es herrscht in der Schule, das ist nicht meine Beurteilung und nicht meine Aussage sondern von der Frau Direktor, einer Kollegin von ihnen. Eine Mutter ist mit dieser Regelung nicht einverstanden. Alle anderen sind mit dieser Regelung einverstanden und sind zufrieden. Die Frau Dir. Kubicek wird leider Gottes mit Ende November auch in den Ruhestand getrieben, sie muss gehen, weil sonst hätte sie zu viele Abschlüge.

Die Frau Direktorin hat gesagt, sie hätte gerne noch dieses Schuljahr fertig gemacht, aber aufgrund der Regelung der gesetzlichen Bestimmungen hätte sie nächstes Jahr so viele Abschlüsse, dass sie das nicht zur Kenntnis nimmt und nicht in Kauf nehmen will und dadurch verlässt sie die Schule jetzt sofort. Aber auch ihr Nachfolger, ihr Stellvertreter, war bei dem Gespräch heute dabei und auch er hat gesagt, es herrscht da allgemeine Zustimmung und Zufriedenheit in der Schule und es ist überhaupt kein Bedarf, bis auf eine Mutter. Eine Mutter, das stimmt, die kennen sie Frau Kollegin Frech, das wissen sie.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Diese Lösung ist gemeinsam bei der Elternversammlung erarbeitet worden.

Diskussion zwischen GR Andreas Kupfer und GR Mag. Michaela Frech.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir haben einen Schulausschuss installiert, jetzt am 28. November.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Darum habe ich gebeten, dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung setzen. Das war meine Frage.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das ist kein Thema für den Gemeinderat, ob man sich dort Tagesordnungspunkte in irgendeinem Ausschuss wünscht. Sie können sich ja im Ausschuss unter „Allfälliges“ dazu melden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da ist ja keine Presse dabei!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das nicht, aber vielleicht können wir sie einladen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Unter dem einen Tagesordnungspunkt, sonst ist ja der Ausschuss nicht öffentlich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, ich danke für die Beantwortung dieser Anfrage und komme zu Punkt 5), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Einkaufs-Samstag; jeder Busfahrtschein gilt als Tageskarte.

Die Stadt bietet auch heuer wieder an den Einkaufs-Samstagen vor Weihnachten einen ganz speziellen Anreiz, auf den eigenen Pkw zu verzichten. An diesen Tagen gilt jeder Einzelfahrtschein der städtischen Linienbusse und jede Entwertung eines Mehrfahrtscheines automatisch als Tagesnetzkarte. Somit kann jeder Fahrgast während der gesamten Betriebszeit sämtliche städtischen Buslinien zum Preis einer Einzelfahrt benutzen. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass auch heuer wieder an diesen Samstagen aber auch am Sonntag, der Vorwärtsplatz zum Parken freigegeben wird.

Wehrgraben-Kanal:

Der Tauch-Club Steyr und die Wasserwehr der Freiwilligen Feuerwehr haben am Samstag, 4. Oktober 2003, gemeinsam den Wehrgrabenkanal gereinigt. Die freiwilligen Helfer haben zwischen Direktionsbrücke und Museum Arbeitswelt insgesamt knapp 2000 Kilogramm Abfälle gesammelt und entsorgt, darunter Glasflaschen, Geschirr, Schilder und Regenschirme.

Zum regionalwirtschaftlichen Entwicklungskonzept möchte ich auch eine Mitteilung bringen:

Am 9. Juli 2003 haben alle 45 Gemeinden der Region Steyr-Kirchdorf in der Generalversammlung des Regionalforums das Regionalwirtschaftliche Entwicklungskonzept beschlossen. Damit wurde ein wichtiger Schritt einer zielgerichteten Entwicklung für die nächsten fünf Jahre gesetzt. Es wird sichtbar, wo wir stehen und wie es weitergehen soll.

Mit dem Regionalwirtschaftlichen Entwicklungskonzept wurden die Entwicklungsschwerpunkte aufeinander abgestimmt und die Interessen und Ziele des Landes dazu eingebracht. Es bildet damit die Grundlage für die Arbeit des Regionalmanagements.

Dieses umsetzungsorientierte Konzept ist ganzheitlich in neun Handlungsfelder eingeteilt, in die Erfahrungen aus den derzeitigen Arbeitsfeldern Gewerbe, Industrie, Tourismus, Landwirtschaft, Ökologie, Arbeit, Soziales, Kultur, Gesundheit und Jugend eingeflossen sind.

Aufbauend auf bestehende Studien und Leitbilder hat die Firma Regioplan Ingenieure, Salzburg GmbH gemeinsam mit Fazat Steyr GmbH und Studia das Konzept erarbeitet. Eine regionale Steuerungsgruppe, bestehend aus VertreterInnen der Region, des Landes OÖ des Landestourismusverbandes und den RegionalmanagerInnen hat die Auftragnehmer begleitet. Die Einbindung der Region in Workshops, Konferenzen und einer Wandelgangsdiskussion war ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses.

Mit dem „Regionalwirtschaftlichen Entwicklungsleitbild Oberösterreich“ verfügt das Bundesland über abgestimmte Strategien für seine Regional- und Entwicklungspolitik in den nächsten Jahren. Dieses Leitbild dient als Rahmen für die Regionalentwicklung in Oberösterreich, wobei die wirtschaftlichen Ansätze um räumliche Aspekte erweitert sind.

Ich möchte dazu noch festhalten, dass dieses Regionale Wirtschaftsentwicklungskonzept, dass das hier im Gemeinderat, in einer Sondergemeinderatssitzung noch einmal von den Regionalmanagern vorgestellt wird. Ich werde dazu demnächst einladen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Arbeitslosenquote im Oktober 2003 betrug 5,7 % und ist im Vergleich zum Vormonat gleich geblieben. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr trat keine Veränderung ein.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2003 2.358. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 0,1 % (d.s. 2 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 0,6 % (d.s. 14 Personen).

Im Oktober 2003 sind 426 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 29 Stellen mehr sowie gegenüber dem Vorjahr um 66 Stellen mehr.

Das waren die Mitteilungen des Bürgermeisters und ich komme zu Punkt 6), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Beschlüsse. Ich komme dann bereits zu Punkt 7), Verhandlungsgegenstände. Ich gebe meinen Vorsitz an meine Kollegin Vzbgm. Friederike Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und Ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mein erster Punkt ist der Nachtragsvoranschlag 2003. Er liegt ihnen im Amtsbericht vor. Ich möchte ihnen zur Kenntnis bringen, der o. H. ändert sich bei den Gesamteinnahmen von 85.986.400,-- € auf 87.618.900,-- € und die Gesamtausgaben im selben Ausmaß, also ebenfalls wieder 85.986.400,-- € auf 87.618.900,-- €, somit ausgeglichen.

Der a.o. H. die Gesamteinnahmen von € 22.062.500,-- auf € 31.009.900,-- und ebenso die Gesamtausgaben um diesen Betrag.

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Dezember 2002 betreffen den Voranschlag für das Jahr 2003 und bleiben unverändert.

Ich bitte um Beschlussfassung bzw. Diskussion.

1) Fin-110/03 Nachtragsvoranschlag 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 12. Dezember 2002, Fin-120/2002, womit der Voranschlag 2003 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2003 wie folgt abgeändert.

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von Euro 85.986.400,-- auf € 87.618.900,--

die Gesamtausgaben von Euro 85.986.400,-- auf € 87.618.900,-- somit ausgeglichen € 0,--

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von Euro 22.062.500,-- auf € 31.009.900,--

die Gesamtausgaben von Euro 22.062.500,-- auf € 31.009.900,-- somit ausgeglichen € 0,--

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Dezember 2002 betreffen den Voranschlag für das Jahr 2003 und bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zahlreiche Änderungen gegenüber dem ursprünglich vom Gemeinderat beschlossenen Budget für das laufende Jahr 2003 haben es auch dieses Mal wieder notwendig gemacht, dass heute dem GR ein sogenannter Nachtragsvoranschlag zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Soweit ähneln sich ja die Vorgangsweisen und die bisherigen Gepflogenheiten. Wenn man sich aber die budgetäre Entwicklung näher anschaut und betrachtet, so stellt man doch gegenüber den vergangenen Jahren eine wesentliche Veränderung fest. Und zwar eine sehr dramatische Entwicklung möchte ich dazu sagen. Eine dramatische Entwicklung in der Richtung, dass der finanzielle Spielraum vonseiten der Stadt immer enger wird. Daher erlaube ich mir in Ergänzung zu dem, was der Herr Bürgermeister zum Ausdruck gebracht hat, etwas näher auf einige Positionen einzugehen, die uns, seitens der Freiheitlichen GR-Fraktion, besonders wichtig erscheinen.

Ich beginne beim o. H., wobei festzustellen ist, dass dieser sich bei den Einnahmen und Ausgaben um rund 1,6 Millionen Euro erweitert hat. Das sind immerhin rund 22,5 Millionen Schilling und 1,9 %. Der Abgang, meine sehr geehrten Damen und Herren hat sich damit um einiges erhöht und beträgt nun 4,6 Mio. Euro. Aus was setzt sich das denn zusammen? Wie gesagt, da erscheinen mir doch einige Positionen erwähnenswert zu sein. Ich beginne bei den Mehreinnahmen wobei an vorderster Stelle zu vermerken ist, dass 0,76 Mio. zusätzlich aus der Rücklagenentnahme notwendig war, um diesen Betrag abzudecken, dass die Bedarfszuweisungen des Bundes ebenfalls um rund 0,6 Mio. Euro angestiegen sind und dass die Kommunalsteuer ebenfalls um 0,3 Mio. angestiegen ist sowie die Grundsteuer um 0,2 Mio. Aber es hat auch Mindereinnahmen gegeben und zwar bei den Ertragsanteilen. Hier glaube ich muss man auch wieder einmal deutlich in Erinnerung rufen und ich habe das auch im vergangenen Jahr bei der Budgetdebatte gemacht, dass einerseits die Aufgaben der Gemeinden immer größer und ausgedehnt werden müssen und auf der anderen Seite die Ertragsanteile ständig sinken. Das ist eine Schere die sich so auseinanderbewegt und zunehmend für die Gemeinden und Städten ein Erschwernis in finanzieller Hinsicht bedeutet. Die Parkgebühren haben sich ebenfalls um 0,12 Mio. Euro vermindert sowie die Kanalanschlussgebühren um 0,10. So stellt sich in etwa, und ich habe nur die wichtigsten Positionen herausgegriffen, der Bereich des ordentlichen Haushaltes dar.

Im a.o. H. schaut die Geschichte noch etwas dramatischer aus was die Erhöhung betrifft. Diese beträgt ja laut dem vorliegenden Amtsbericht jeweils rund 8,9 Mio. Euro und das sind immerhin 40,5 %. Wobei natürlich, und das sollte man auch nicht vergessen und in Erinnerung rufen, das Hochwasser vom August 2002 sich natürlich entsprechend zu Buche schlägt. Bei den Einnahmen findet man, und das ist auch wiederum das was ich eingangs erwähnt habe, dass man hier eine dramatische Entwicklung feststellen kann, dass die Darlehensaufnahmen 24,52 Mio. betragen, die Rücklagenentnahmen 0,08 Mio., die Transferzahlungen des Bundes 3,7 und die Zuschüsse vom Bund 0,56 sowie ebenfalls eine Hochwasserentschädigung die wir erhalten haben in Höhe von 0,35 Mio. Aber auch setzt sich dieser Gesamtposten von insgesamt 31,1 Mio. Euro zusammen aus Vermögensveräußerung in der Größenordnung von 1,76 Mio. Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats, es wird eigentlich, und das muss man jetzt wirklich sehr deutlich sagen, von Seite zu Seite dramatischer. Wenn man nämlich jetzt berücksichtigt, wie schaut es denn mit den Rücklagen und der Darlehensbewegung aus. Der Rücklagenstand hat laut Rechnungsabschluss 2002 im Jahre 2003 noch 9,9 Mio. Euro betragen und wird Ende 2002 nunmehr 5,2 Mio. betragen, ich habe die Zahlen jetzt bewusst nicht zur Gänze ausgeführt sondern gerundet. Bei den Darlehen ist ebenfalls eine besorgniserregende Entwicklung feststellbar. Der Anfangsstand 2003, nach Rechnungsabschluss 2002, betrug damals noch 38,9 Mio. Schilling und wird bei Ende 2003 58,7 Mio. Schilling betragen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bedeutet denn das? Das bedeutet zum einen, und das ist sehr deutlich aus dieser Zahlenentwicklung, aus dieser budgetären Entwicklung abzusehen, dass die Budgetgestaltung nicht nur des nächsten Jahres, sondern auch der kommenden Jahre sehr schwierig sein wird. Das ist eine unumstößliche Tatsache und man sollte glaube ich das wirklich in aller Deutlichkeit hier ausführen.

Aber dennoch werden wir, vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion, diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung geben. Nämlich zum einen deswegen, weil wir ja dem Budget 2003 zugestimmt haben, obwohl Herr Bürgermeister, aber da reden wir ein anderes Mal darüber, ja nicht alle Vereinbarungen eingehalten worden sind. Ich nehmen den Hauptanteil heraus, das ist ja der von uns gewünschte Umbau des Ennserknotens. Wir werden natürlich nachher, da gebe ich dir vollkommen Recht, aber man könnte natürlich darüber reden, wo kann man Mittel anders einsetzen. Aber bitte, es sei so wie es sei, wir werden uns wie gesagt der Verantwortung nicht entziehen. Wir haben wie gesagt einerseits dem Budget zugestimmt, haben aber andererseits auch im Verlaufe dieses Jahres Anträge mitunterstützt die eben eine derartige Entwicklung, nicht zuletzt auch nachzulesen jetzt im Nachtragsvoranschlag, nach sich gezogen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie gesagt, nochmals abschließend, und dann bin ich schon fertig mit meinen Darlegungen, dass es immer schwieriger werden wird aufgrund der Tatsache, dass die Budgetmittel enger werden, nochmals sage ich sehr deutlich, dass die Aufgaben der Städte stärker werden, dass die Bedarfszuweisungen weniger werden und dass die Budgetstellungen auch für die Zukunft deswegen immer schwieriger zu gestalten werden. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse. Ja, gestatten sie mir Herr Kollege Bremm, ich glaube schon, dass es ein demokratisches Recht ist, einen Satz noch zu sagen zu ihrer Anfrage, weil ich lasse mir nicht irgendwelche Unwahrheiten vorwerfen. Andi Kupfer, du hast selbst über diese Sitzung gesprochen, wann war die?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben noch nicht die „Aktuelle Stunde“ Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, aber diese Sitzung war zu einem Zeitpunkt ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sie können sich in der „Aktuellen Stunde“ zu Wort melden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zum Thema bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zum Thema kann ich mich eigentlich relativ kurz fassen. Ja und zwar deshalb ganz einfach, weil ich brauche hier ja gar nicht mehr mitstimmen zu diesem Nachtragsvoranschlag, das ist gar nicht mehr nötig, weil ich habe bereits gesehen in einer offiziellen Presseaussendung, Herr Bürgermeister, des Magistrates der Stadt Steyr, dass der Gemeinderat den Nachtragsvoranschlag beschlossen hat. Das war am 6. November 2003. Nachdem der Nachtragsvoranschlag bereits beschlossen worden ist, frage ich mich, wozu ich jetzt hier heraußen stehe.

Herr Bürgermeister, es ist zwar jetzt so, dass die SPÖ die absolute Mehrheit hat, aber vielleicht

könnte man noch irgendwo die Form wahren. Er wird beschlossen werden, das ist klar, aber vielleicht könnte man Aussendungen dann hinausgehen lassen, wenn die Beschlüsse tatsächlich gefallen sind, aber nicht ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da wird gestanden sein: „Zur Weiterleitung in den Gemeinderat.“

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... aber vielleicht könnte man zumindest so tun, als ob da die anderen auch noch mitstimmen können.

Was dann wahrscheinlich auch ein Irrtum ist in dieser Aussendung, ist, wenn ich jetzt heute als normaler Bürger der Stadt Steyr mir diese öffentlich angegebenen Dinge durchlese, und das sind die Informationen die ich als Bürger habe, kein Bürger hat diesen Nachtragsvoranschlag oder diese Zusammenfassung des Nachtragsvoranschlages. Der bezieht sein Wissen dann z. B. aus dem, was wir auf die offizielle Homepage stellen. Da ist schon ganz interessant, dass die Begründung für die Änderung, nämlich für diesen Nachtragsvoranschlag, in erster Linie ist, die Ausgaben für die Sanierung der Hochwasserschäden und die Ertragsanteile. Wenn man sich aber diesen Nachtragsvoranschlag anschaut, dann sieht man, dass die Hochwasserschäden zwar einen Teil ausmachen, aber sicherlich nicht das, was hier so groß drinnen steht, weil alleine ein Drittel der Erhöhung der Ausgaben im außerordentlichen Haushalt stammen aus Übertragungen die mit dem Hochwasser nichts zu tun haben. Aus Übertragungen vom APM, aus Übertragungen vom Posthofknoten, das sind alleine 2,89 Millionen beim APM, das sind 1,16 Millionen beim Posthofknoten. Das hat mit dem Thema Hochwasser überhaupt nichts zu tun. Also, ich habe schon auch den Eindruck, dass man da manche Dinge einfach hernimmt so unter Anführungszeichen auch ein bisschen als Ausrede, jetzt haben wir so große Hochwasserschäden und jetzt müssen wir deshalb diesen Nachtragsvoranschlag in dieser Höhe so beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das sagt niemand.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Von den großen Beträgen finde ich hier gar nichts. Also, da denke ich mir schon ein bisschen, etwas objektivere Informationen wären in Zukunft vielleicht notwendig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste ist die Frau Kollegin Braunsberger. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Die ÖVP-Fraktion Steyr wird dem Nachtragsvoranschlag zustimmen, aber ich gebe ihnen vollkommen Recht, Herr Kollege Eichhübl, die Budgetentwicklung 2004 ist höchst bedenklich. Es verwundert schon sehr in diesem Zusammenhang, dass wir, die ÖVP-Fraktion, eigentlich in die Budgeterstellung, in die Budgetentwicklung 2004 bis dato nicht wirklich eingebunden worden sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

2004?

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Ja, 2004. In wenigen Wochen werden wir das beschließen und wir sind aber eigentlich nicht richtig eingebunden worden. Wenn schon das Budget oder die Budgetentwicklung sehr bedenklich ist, könnte man doch meinen, dass eine Einbindung sämtlicher Fraktionen von Vorteil wäre. Es ist einfach, natürlich ist es einfach, Kürzungen vorzunehmen, aber es wäre viel intelligenter, wenn man gemeinsam Überlegungen anstrebt, wo könnte man einsparen bzw. wo könnte man neue Einnahmequellen schaffen. Gerade wenn die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben, und das hat sich in den letzten Jahren ja schon gezeigt, drastisch auseinandergeht, wären da gemeinsame Überlegungen wirklich vonnöten. Es ist eigentlich traurig, dass das von den Sozialdemokraten bis dato nicht wirklich angenommen worden ist. Wir wären alle, ich glaube ich spreche im Namen von allen Fraktionen, gerne bereit, Überlegungen mit ihnen anzustreben.

Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, haben eigentlich nach dem Wahlergebnis offenherzig angekündigt, alle Fraktionen in ihre Politik mit einbinden zu wollen. Es ist traurig, dass gerade bereits beim ersten Schritt in der neuen Amtsperiode ein Alleingalopp der Sozialdemokraten stattfindet. In

diesem Sinne hoffen wir, dass es in Zukunft ein Miteinbinden doch wieder geben wird. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte schon dazu sagen, sie können es ja nicht wissen, weil sie sind neu im Gemeinderat, aber ich glaube ihre Kollegen, die vorher schon drinnen waren, wissen, dass das ein Beamtenentwurf ist und dass dann erst die Budgetverhandlungen geführt werden. Wir haben einmal ein sehr enges Budget gehabt und da sind wir 180 Stunden gesessen, wo ist es möglich, Einsparungen vorzunehmen. Also, das ist nicht so. Sie können da nichts machen, sie haben das wahrscheinlich übernommen, was ihnen gesagt worden ist, aber es ist ein reiner Budgetentwurf, den werden wir im Finanz- und Rechtsausschuss behandeln, der am Montag stattfindet, zur Weiterleitung in den Stadtsenat und dann werden alle Fraktionen miteingebunden. Es ist jedes Jahr so passiert und es wird auch heuer so passieren.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Es geht ja um die Zeitspanne, weil es so kurzfristig ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, aber wir haben noch nie eine längere Zeitspanne gehabt. Wie ich angefangen habe, sind wir 180 Stunden bis kurz vor dem Budget gesessen und es ist sich immer wieder ausgegangen, wir haben immer eine Lösung gefunden und wir haben alle miteingebunden. Man kann das bitte nicht so im Raum stehen lassen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir setzen uns gerne wieder zusammen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das machen wir eh!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist ja jetzt erst ein Budgetentwurf vonseiten der Beamten da. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rede nicht zum Budget, weil die Gelegenheit haben wir noch. Heute geht es um den Nachtragsvoranschlag und es ist ja wirklich nur eine Korrektur des Voranschlages. Ich glaube, es gibt kein Unternehmen, das im Dezember ein Budget erstellt und das auf Punkt und Beistrich halten würde. Da gibt es immer wieder Korrekturen. Ich glaube, dass das auch gut ist so, weil man sieht, dass da eigentlich alles lebt und dass immer wieder auch Veränderungen kommen. Gerade im vergangenen Jahr, und das schlägt sich auch im Nachtragsvoranschlag nieder, ist es halt auch durch das Hochwasser im Nachtragsvoranschlag zu erkennen, dass es Anspannungen gibt. Ich möchte auch nicht das Hochwasser in den Vordergrund stellen, sondern ich möchte auch aus unserer Sicht, aus Sicht der Sozialdemokratischen Fraktion, keinen Hehl daraus machen, meine Damen und Herren, dass wir uns in einer Situation befinden, wo die Spielräume in den nächsten Jahren äußerst gering sind. Wir haben schon gezeigt, in den vergangenen Jahren, die Kollegin Mach hat es gerade zuerst gesagt, 1994/1995 waren schwierige Jahre, wo wir hunderte Stunden Klausurtagungen gemacht haben. Ich hoffe, dass die Zeit nicht wieder in dem Ausmaß kommt. Es ist aber schon sehr deutlich erkennbar und die Kommunen spüren halt das, es ist ja kein Steyr spezifisches Problem sondern, es ist österreichweit, dass die Kommunen und vor allem aber die Städte unter der wirtschaftlichen Anspannung in der wir uns seit mehreren Jahren befinden, dass wir da knirschen und knistern.

Im Einnahmenbereich ist festzustellen, dass die Einnahmen geringer wurden und auch im laufenden Budgetjahr werden die Einnahmen zurückgehen und gleichzeitig werden aber die Ausgaben, nicht die Ausgaben die wir hier im Gemeinderat beschließen, sondern die Ausgaben die uns vorgegeben sind, vom Gesetzgeber her vorgegeben sind, werden mehr, ob das im Sozialhilfeverband oder in vielen anderen Bereichen ist, die Landesumlage udgl., die wir als Statutarstadt zu bezahlen haben, steigen. Also, die Schere geht auseinander und die Anforderungen an die Stadt bleiben aber gleich und dadurch wird es äußerst schwierig sein. In einem Artikel hat Dkfm. Dr. Erich Bramböck, vom Städtebund, auf die Situation in einer der letzten Zeitungen des Städtebundes darauf hingewiesen, dass halt der Einbruch bei den Gemeindefinanzen von Jänner bis Juli 2003 bei einem Minus von 6 % bei Ertragsanteilen sich verschlechtert hat. Im Gesamten im Jahresdurchschnitt wird aber trotzdem, es werden zwar nicht die 6 % sein, aber es wird im Jahresdurchschnitt doch um die 5 % der Einbruch der Gemeindefinanzen liegen. Es wird natürlich äußerst schwierig werden, die kommenden Budgets

auch so zu erstellen. Besonders die Erwartungen, die Wünsche und die Anliegen die immer wieder da sind, dass wir die auch erfüllen können.

Ich glaube aber doch zum Nachtragsvoranschlag sagen zu können, wir haben im Jahr 2003 große Brocken zum Finanzieren gehabt und haben sie noch, wenn wir nur an die Stadthalle denken oder an das APM, das sind so die großen Investitionen die wir getätigt und noch zu tätigen haben, aber trotzdem werden wir dieses Budgetjahr doch halbwegs gut abschließen. Aber wie gesagt, das Angebot, von ihnen Frau Doktor, nehmen wir natürlich gerne an. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir auch gemeinsam die Situation sehen, dass wir die dramatische Entwicklung auch erkennen und da muss man auch darüber reden und diskutieren, dass wir dann im Dezember bei der Budgetsitzung doch zu einer großen Mehrheit kommen werden. Wir werden dieses Angebot sehr wohl gerne aufnehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das meiste ist ja gesagt, aber ich möchte mich vielleicht auch noch bei den Meinungen anschließen, speziell bei meinem Kollegen Eichhübl, der als erfahrener Mann dieses Budget sehr gut durchleuchtet hat und der die Problematik die in den nächsten Jahren auf uns zukommt, sehr gut beleuchtet hat. D. h., die Ertragsanteile die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in Gesamtösterreich nicht in dem Umfang fließt wie wir erwartet haben, sind natürlich für das Budget unserer Stadt in Zukunft ein Problem. Gleichzeitig ist das Problem, dass wir Rücklagen natürlich immer mehr abbauen und dass wir die Rücklagen ja halbieren mussten. Wir haben allerdings auch, und das muss man auch ganz deutlich sagen, entsprechende Investitionen in Steyr getätigt, die ja nicht unwesentlich waren. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im außerordentlichen Haushalt eine Zahl von 31 Millionen Euro stehen haben. Das sind in Schilling umgerechnet ca. 430 Millionen Schilling. Ich glaube, so ein außerordentliches Haushaltsbudget haben wir noch nie in unserer Stadt gehabt und das sieht man natürlich auch. Wenn sich einer die Zahlen des Nachtragsvoranschlages genau durchgelesen hat und geschaut hat was da alles drinnen ist an Brücken, an Straßen, an Bauwerken, das ist natürlich ein entsprechender Umfang und der muss sich ja in irgendeiner Form niederschlagen. Nichtsdestotrotz haben wir Probleme, wir haben auch vermehrt Schulden aufnehmen müssen und diese Entwicklung ist mit Sicherheit nicht einfach. Wir werden nächste Woche natürlich im Finanz- und Rechtsausschuss sehen, und da werde ich auch noch anhand von grafischen Darstellungen nachweisen, wie die Entwicklung in den letzten Jahren bei den Ertragsanteilen war und wie die Entwicklung bei den Landesabgaben sich entwickelt hat im Verhältnis zu unserem Budget der vergangenen Jahre. Anhand dieser grafischen Darstellung wird sehr deutlich, in welche Richtung die Entwicklung geht und in welche Richtung auch die Maßnahmen, die von der heutigen Bundesregierung gesetzt werden, in welche diese gehen. D. h., der Spielraum wird immer enger und wir werden in Zukunft natürlich entsprechende Sparmaßnahmen setzen müssen.

Zum Thema, mein gegebenes Wort kurz nach der Wahl. Frau Doktor, natürlich stehe ich dazu und ich werde auch in Zukunft weiter so offenherzig sein und sie rechtzeitig und umfassend miteinbinden, das werde ich selbstverständlich tun. Ich glaube es ist auch Zeit und es ist auch notwendig, dass genau in dieser Situation mit allen entsprechend gesprochen wird, sodass wir dann auch im Dezember bei der Budgetgemeinderatssitzung entsprechende Informationen und abgestimmte Meinungen präsentieren können. Ich bitte jetzt um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, ÖVP, FPÖ, GAL). Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Wer ist dagegen?

Niemand. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der nächste Punkt ist der Ankauf eines Kommandofahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr. Es geht hier um eine Summe von 37.000,-- €. Dieser Betrag wurde bei der Voranschlagsstelle vorgesehen. Ich bitte auch diesem Fahrzeug zuzustimmen bzw. darüber zu diskutieren.

2) FW-13/03 Ankauf eines Kommandofahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 12. 08. 2003 wird der Auftragsvergabe an den Billigstbieter, Firma AHS, Steyr, zum Preis von € 36.900,-- inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2003 Mittel im Ausmaß von € 37.000,-- (siebenunddreißigtausend) bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem dritten Antrag geht es um ein ähnliches Thema. Es geht um den Ankauf, Aufbau und Ausrüstung für ein Schweres Rüstfahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr. Hier geht es um einen Betrag von Euro 218.000,--. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen.

3) FW-9/03 Ankauf, Aufbau und Ausrüstung für ein Schweres Rüstfahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 29. 08. 2003 wird der Auftragsvergabe an den Bestbieter, Firma Rosenbauer, Leonding, zum Preis von € 503.627,88 inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2003 Mittel im Ausmaß von € 218.000,-- (zweihundertachtzehntausend) bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von € 285.627,88 ist im Budgetjahr 2004 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 200.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Punkt geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung für die Firma ESTATE. Herr Anton und Herr Franz Weindl haben mit Schreiben vom 5. Juni um eine Änderung des rechtswirksamen Flächenwidmungsplanes angesucht. Es soll in diesem Bereich ein Großkaufhaus errichtet werden. Ich war in diesen Verhandlungen wesentlich miteingebunden. Diese Verhandlungen haben sich auch deswegen so lange hingezogen, weil entsprechende Verkehrsmaßnahmen notwendig wurden und weil entsprechende Probleme in diesem Bereich ja sichtbar waren. Ich bitte, nachdem das nun alles geklärt ist, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) BauGru-24/01 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2 – Fa. Estate; Fachmarktzentrum Tabor.

Antrag des Ausschusses für die Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 2 – Änderung Nr. 2 – entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 22. April 2003 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 15. September 2003 beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ja, Fachmarktzentrum Tabor, das ist so eine Geschichte. Es steht in dem Amtsbericht drinnen, dass die Interessen Dritter nicht verletzt werden. Dem muss ich als Vertreter der Innenstadtkaufmannschaft natürlich widersprechen. Die Interessen Dritter, also wir fühlen uns in dem Fall als Dritte, werden sehr wohl betroffen. Wenn da jetzt auch steht, dass eine Umwidmung bei einer optimalen Lösung der Verkehrsproblematik zugestimmt wird, dann mag das da oben richtig sein, wir sehen aber nicht, dass an einer optimalen Verkehrslösung in der Innenstadt gearbeitet wird oder dass diese Probleme, die in der Innenstadt verkehrsmäßig sind, optimal gelöst werden. Da sehen wir keine Aktivitäten bzw. kein Interesse der Stadt das zu machen. Das öffentliche Interesse erscheint durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Ich glaube, es wäre auch einmal wichtig vonseiten der Stadt, die Arbeitsplätze der Innenstadt zu sichern und eben im Zusammenhang mit Verkehrsproblematik, mit einer Parkgarage, mit den ganzen Dingen die wir seit Jahren fordern und verlangen, und die ja immer wieder festgehalten werden, Stadtplatz im Aufbruch, all diese Dinge die jetzt auf die Seite gewischt wurden, dass man hier auch in der Innenstadt diese Interessen einmal berücksichtigt und nicht nur bei irgendwelchen neuen Projekten die an der Peripherie gemacht werden und wieder die Kaufkraft aus der Innenstadt abziehen, dass man mit den gleichen Überlegungen und den gleichen Vorstellungen einmal hier arbeiten würde. Das wäre unsere Bitte. Wie gesagt, wir fühlen uns in diesem Fall als Dritte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Herr Bürgermeister, sie haben erwähnt, dass mit Schreiben vom 5. Juni um Änderung angesucht worden ist. Sie haben nicht das Jahr erwähnt, es war der 5. Juni 2001. D. h., jetzt haben wir bereits Ende 2003 und es wäre lange Zeit gewesen, jetzt tatsächlich dieses Verkehrsgutachten abzuschließen, von dem ja auch wieder in diesem Amtsbericht die Rede ist. In diesem Amtsbericht steht drinnen: „Die verkehrsmäßige Erschließung kann einerseits durch die B 122 bzw. durch die Wolfenstraße erfolgen. Die näheren Details über die Aufschließung sind jedoch noch einem gesonderten Verkehrsgutachten vorzubehalten.“ Ich frage mich halt, wann gibt es dann wirklich dieses Verkehrsgutachten. Ich habe schon sehr oft in der Stadt eines erlebt, dass wir zuerst einen Schritt gesetzt haben mit einer Flächenwidmungsplanänderung und dann natürlich im Zugzwang waren, jetzt haben wir A gesagt, jetzt sagen wir natürlich B und es passt eigentlich nicht wirklich zusammen. Gerade wenn es um das Thema Verkehr geht. Ich habe mit den zuständigen Beamten gesprochen, die haben mir erklärt wie das jetzt ausschaut beispielsweise mit dieser Verkehrserschließung, dass z. B. geplant ist eine weitere Spur zu machen um die Verkehrssituation zu entschärfen. Nur ein Problem habe ich nach wie vor, ich habe dann dort zwar mehr Möglichkeiten, aber ich habe sofort in der nächsten Stelle wieder das Nadelöhr beim Taborknoten bzw. beim Posthofknoten, weil dort habe ich es dann wieder verengt, dort kann ich nicht erweitern. D. h., ich habe momentan halt Platz geschaffen und dann verengt sich alles wieder. In einem der Aktenvermerke steht z. B. drinnen, dass man mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen von sage und schreibe pro Stunde 410 KFZ rechnet. Wenn ich mir vorstelle, in dieser Situation dort oben, 410 KFZ, zusätzliche KFZ, ohne eine wirklich bis dato konkret vorliegende Verkehrslösung, dann kann ich mir gut vorstellen, wie das ausschauen wird. Was der Kollege Hack gesagt hat, da muss ich ihm vollinhaltlich Recht geben. Natürlich bedeutet das ja auch wiederum Folgen für die Innenstadt. Ich kann solche Entscheidungen ja nicht getrennt sehen. Ich kann mich noch gut erinnern wie es geheißen hat, wenn das City-Point gebaut wird, dann kommt zusätzliche Kaufkraft in die Stadt. Was ist passiert? Wir haben mehr leerstehende Geschäfte am Grünmarkt und in der Enge als vorher. Ganz im Gegenteil, das hat Kaufkraft abgezogen. Wenn schon an sich so ein relativ kleines Projekt Kaufkraft abzieht, was ist dann mit einem Fachmarkt mit 6.000 m² plus Tankstelle, plus 600 m² Lebensmittelhändler. Eines meine sehr verehrten Damen und Herren müsste ihnen auffallen, wenn sie durch die Stadt fahren oder durch die Stadt gehen. Wir haben derzeit die Situation, dass es im Prinzip nur mehr zu Verlagerungen kommt. Es siedeln einzelne

Geschäfte weg. Dieser Tage, ich glaube er hat schon zugesperrt, hat ein Schuhmarkt zugesperrt im Bahnhofsbereich, der hat gerade seinen Abverkauf gemacht, weil es sich anscheinend nicht mehr lohnt. Der Hofer, der anscheinend hinkommen soll in dieses Fachmarktzentrum Estate, soll dafür dann wiederum ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist nicht mehr aktuell!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... dann sperrt halt wieder wo anders ein anderer Händler zu. Die Kaufkraft ist ja nicht unbedingt endgültig vermehrbar. Wie gesagt, für mich ist einer der wesentlichen Punkte diese Verkehrssituation die man damit schafft und auch der Kaufkraftabfluss den ich letztlich wieder haben werde. Ich kenne natürlich die positiven Argumente dafür, dass man sagt, na ja, wenn wir es nicht machen, machen es die Dietacher, aber gut, das könnte man in vielen Dingen sagen bzw. die zusätzlichen Arbeitsplätze die geschaffen werden, wobei ich auch glaube, dass sie da eher verlagert werden.

Aus diesem Grund heraus kann ich mir also nicht vorstellen zu dieser Änderung meine Zustimmung zu geben, sondern ich werde mich diesbezüglich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Es freut mich sehr, dass ich zu diesem Thema Mitstreiter gefunden habe. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir über dieses Thema diskutieren. Dieser Punkt war schon mindestens zwei Mal auf der Tagesordnung des Gemeinderates. Bis heute war ich eigentlich ein alleiniger Streiter dagegen und ich werde mich nicht nur der Stimme enthalten, sondern meine Fraktion wird auch dagegen stimmen. Ich werde es auch begründen bzw. ich habe es in den letzten Sitzungen immer wieder begründet und möchte mich auch im Groben der Argumentation meiner Vorredner anschließen. Ich denke, dass die Bebauung bzw. die Widmung, in die Richtung wie es im Amtsvorschlag drinnen ist, die schlechteste Lösung für dieses Grundstück ist. Beginnen möchte ich auch mit der Verkehrssituation. Meines Erachtens geht es aber nicht nur um die lokale Verkehrssituation an dem Kreuzungspunkt, die wird sicher problematisch werden, zusätzlich problematisch. Aber was wird dort oben aufführen, insgesamt in diesem Stadtteil, dass wir eigentlich den Quell- und Zielverkehr fördern von einer Westumfahrung, das wissen wir alle, da ist in mindestens einem Jahrzehnt erst zu sprechen. Aber was machen wir dazwischen? Wir pflastern unsere Innenstadt zu mit Verkehrserregern die meines Erachtens die Qualität für die Stadt auf keinen Fall heben. Denn die Nutzungen, die jetzt einmal vorgeschlagen sind, im Detail weiß man es ja nicht, bis vor einigen Wochen habe ich auch noch geglaubt da kommt der Hofer hinein und andere auch. Ich nehmen einmal an, das wird sich auch noch ändern, dass das Ding auch noch nicht ganz voll ist, aber das brauchen wir dort nicht an diesem Ort. Wie es die Kollegin Frech schon gesagt hat, die Kaufkraft ist in der Stadt nicht vermehrbar. Sie ist vermehrbar natürlich durch Zuzug von mehr Menschen, dass wir die Lebenssituation in unserer Stadt verbessern, dass wir die Wohnsituation verbessern, aber wir müssen einmal von einer gegebenen Kaufkraft ausgehen. Dieses Geld, diese Cents und Euros, die kann man nur einmal ausgeben. Meines Erachtens ist die wichtigste Frage der Stadt, wie wir die Innenstadt beleben. Da kann es nicht damit enden, dass wir einige kosmetische Veränderungen machen sondern, dass wir in jenem Prozess, den wir meines Erachtens sehr engagiert begonnen haben, genauso engagiert fortsetzen. Er darf nicht dort enden, dass wir irgendwelche Presseaussendungen machen, uns gegenseitig auch über die Presse mitteilen der macht das falsch oder der andere macht überhaupt nichts sondern, dass wir uns gemeinsam überlegen, wie wir dieses Image der Innenstadt endlich heben können und nicht zwei Wochen nach der Wahl dass die Diskussion in der Öffentlichkeit schon wieder beginnt. Also, mein großer Appell jetzt an uns alle, wir haben ein Problem in der Innenstadt. Wir haben große Probleme. Wir haben uns auch einiges vorgenommen. Meines Erachtens sind im Wahlkampf auch sehr gute Diskussionen diesbezüglich gelaufen. Die Vorschläge, da kommen wir uns alle ja eigentlich sehr, sehr nahe. Nur muss jetzt tatsächlich auch etwas gemacht werden.

Der gegenständliche Amtsvorschlag für dieses Fachmarktzentrum ist für mich keine Qualitätsverbesserung für die Stadt. Meines Erachtens wird lokal das Verkehrsproblem verstärkt an dem Ort. Der Taborknoten, wo wir auch nicht wissen wann und wie wir dort zu einer guten Lösung kommen, wird mit einer zusätzlichen Belastung konfrontiert. D. h., ich sehe mir da ehrlich gesagt nichts Gutes für die Stadt und darum möchte ich nicht nur für meine Fraktion sprechen, sondern eigentlich an alle, an sie meine Kolleginnen und Kollegen, appellieren, gegen diesen Antrag zu

stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, da gehört natürlich schon einiges ein bisschen korrigiert. Eine Kaufkraft ist ja bitte nicht an einen Ort gebunden. D. h., eine Kaufkraft fließt natürlich ab und es fließt auch Kaufkraft zu. Wenn man weniger attraktiv ist, fließt viel der Kaufkraft vor allem in den Zentralraum. Wir haben in zwei Wochen eine Präsentation der neuen Kaufkraftstudie für Steyr und hier werden sie es direkt nachvollziehen können. D. h., es gibt Vertriebsformen die finden einfach in einer Innenstadt z. B. nicht Platz. Erschwert wird das Ganze natürlich auch, wenn die Infrastruktur in einer Innenstadt nicht vorhanden ist. Ich spreche jetzt konkret die Parkgarage an. Wenn in einem Wahlprogramm einer Partei auf Plakaten ganz groß geworben wird, d. h., wir fordern für nach der Wahl eine Parkgarage und kaum ist die Wahl geschlagen, heißt es dann, der Bedarf ist nicht gegeben, wir bauen sie nicht. Was bleibt einem Unternehmen dann anderes übrig, als sich Parkplätze selbst zu machen? Das geht natürlich auch nur auf einer grünen Wiese. D. h., wir können nicht die Augen wirklich verschließen und sagen wir wollen keinen Handel mehr. Natürlich hat das Auswirkungen auf die Innenstadt, das ist vollkommen richtig. Nur ich werde z. B., und jetzt bleiben wir bei einem sehr plakativem Beispiel, einen Mediamarkt mit seiner Frequenz die er hat, und hier haben wir ein Manko in Steyr, 80 % des Einkaufsvolumens für Elektrogeräte fließen ab in den Zentralraum. Wenn wir solche Vertriebsformen nicht ermöglichen, das in Steyr bauen, dann bauen sie in Dietach unten. Das ist nur 2 km weg. Wolfers ist noch näher. D. h., dann haben wir eines erreicht, dass das Geld, was bei uns in Steyr verdient wird, und in Steyr wird viel Geld verdient, nicht bei uns ausgegeben wird sondern in den Nachbargemeinden. Mein Vorschlag wäre, dass man wirklich versucht einen Standortausgleich zu schaffen, dass ich nachrüste hier im Innenstadtbereich, dass wir wirklich überlegen, welche Haussubstanzen ermöglichen es vielleicht Flächen zusammen zu legen um größere Flächen anbieten zu können. Natürlich gehört auch eine Infrastruktur z. B. für das Parken dazu. Das ist überhaupt keine Frage. Aber generell, davor warne ich wirklich, dass wir jetzt sagen, aus, wir akzeptieren keine neuen Geschäfte mehr in Steyr, das wäre der falsche Weg.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke Herr StR Mayrhofer. Nächster ist Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Mitglieder des Präsidiums. Die Gegend Seifentruhe, Sierninger Straße usw. ist offensichtlich ein äußerst attraktiver Standort für neue Geschäftsansiedlungen bzw. –erweiterungen. Wir werden in unmittelbarer Nähe demnächst hier auch um einen anderen Betrieb noch diskutieren können. Der Lidl-Markt in der Sierninger Straße war gestern auch glaube ich im Bauausschuss ein Thema, wo die Problematik, was den Verkehr anbelangt, noch viel schärfer ist und die Gemeinde und die Kommune vor ganz andere Probleme stellen wird.

Aber zum aktuellen Erweiterungsantrag, es geht ja eigentlich um eine Änderung des Flächenwidmungsplanes, möchte ich schon Folgendes auch in Erinnerung rufen. Ich glaube der Kollege Eichhübl ist heute der Einzige der aus dieser Zeit sozusagen noch im Gemeinderat sitzt. Wie vor Jahrzehnten überhaupt die Taborland GesmbH in Steyr gegründet wurde und die Verhältnisse am Stadtplatz, die der Kollege Hack heute so drastisch geschildert hat, noch ganz anders waren. Nämlich noch nicht in dem Ausmaß sich entwickelt haben als wie wir sie heute vorfinden. Unsere GR-Fraktion hat damals sehr wohl davor gewarnt und wir waren auch damals dagegen. Also, wenn man an der Peripherie, ich glaube das ist jetzt fast 20 Jahre her, derartige Märkte zulässt, wird das das Zentrum auf alle Fälle spüren und die Geschäfte am Stadtplatz werden darunter leiden. Es ist damals mit Hilfe der ÖVP, nicht nur mit der Mehrheitsfraktion, beschlossen worden und die Vorgänger vom Kollegen Mayrhofer waren vehementest dafür. Das möchte ich nur noch einmal in Erinnerung rufen. Uns wäre außerdem dieses Grundstück gegenüber vom Taborland lieber gewesen für die Errichtung der Stadthalle. Das sei hier auch noch einmal erwähnt.

Wir werden aber diesem Antrag zustimmen, weil wir der Meinung sind, dann werden wir wahrscheinlich derartige Dinge überhaupt nicht mehr in Steyr errichten dürfen oder hätten sie nicht errichten dürfen wie z. B. City-Point und andere. Alleine schon aufgrund der Tatsache wenn man sich die Arbeitslosenstatistik in Steyr anschaut, und der Bürgermeister hat heute zwar am Anfang die Prozentzahlen gesagt, er hat aber nicht dazu gesagt, dass wir in Steyr leider wieder einmal an der Spitze in ganz Oberösterreich sind und vor allem gerade im Bereich der Frauen ganz akuten Handlungsbedarf haben. Mir ist es immer noch lieber Arbeitsplätze in Steyr zu schaffen und es bringt

auch viel Geld für den Gemeindegeldbeutel, der heute auch schon einmal erwähnt worden ist, die Entwicklung ja auch nicht sehr rosig ist, weil letzten Endes können wir es nicht wirklich verhindern. Wir können das heute vielleicht hier negativ abstimmen, dann wird das Ganze wo anders errichtet. Ich weiß nicht, wer von uns das wirklich haben will. Der Kollege Kupfer, seine Anliegen und seine Einwände in Ehren, wir haben auch diese Verkehrsproblematik, der Kollege Pfeil hat immer wieder darauf hingewiesen, es steht auch hier herinnen, nähere Details, Verkehrsgutachten, ich kenne dieses Verkehrsgutachten noch nicht. Ich bin gespannt, wann wir über dieses Gutachten noch diskutieren können. Wahrscheinlich gibt es noch keines.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Doch!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es wird in diesem Zusammenhang sicher wichtig sein. Aber wir werden letzten Endes diesem Antrag aus gegebenen Gründen zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der Herr Kupfer zum 2. Mal bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, vieles ist unklar, wir wissen nicht genau was kommt hinein, es gibt kein Verkehrsgutachten, aber wir sind bereit, dieser Flächenwidmung zuzustimmen. Ich gebe dem Kollegen Mayrhofer schon Recht, dass die Kaufkraft nicht so schwarz-weiß gesehen werden kann, und dass es natürlich Kaufkraftabflüsse gibt und auch -zuzüge gibt. Nur denke ich, dass speziell jene Nutzungen die jetzt angedacht sind, und sie haben es auch angesprochen, die Elektrobranche, genau eine Branche ist, die uns am Stadtplatz irrsinnig weh tun könnte. Wir haben zwei Spezialgeschäfte noch am Stadtplatz und die werden ganz sicher betroffen werden, wenn ein Media-Markt von dieser Größe dort ist. Jetzt einfach so zu sagen, Herr Kollege Payrleithner, wir wissen es noch nicht aber wir können es auch nicht verhindern, an und für sich haben eh alle Recht und die Anliegen in Ehren, aber wir können uns nicht dagegen wehren, das ist auch falsch. Arbeitsplätze können auch am Stadtplatz und werden auch am Stadtplatz gefährdet werden durch diese Errichtung. Ich denke mir, es ist einfach mal an der Zeit, auch ein Zeichen zu setzen. Wir wollen keine Einkaufszentren an der Peripherie. Das haben sie auch so gesagt, dass es ihre Fraktion schon vor Jahren so gesehen hat. Ich denke, jetzt müsste der Schritt gemacht werden, wirklich die Innenstadt aufzuwerten. Übrigens sehe ich das City-Point nicht als Verhinderer ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann müssten wir aber den Fachmarkt in der Innenstadt machen und das geht nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... einer Attraktivierung der Innenstadt und das City-Point hat sehr wohl eine Attraktivierung gebracht und hat Nutzungen in die Innenstadt zurückgebracht die nicht hier waren. Aber genau dort muss man ansetzen. Auch die Idee, die der Kollege Mayrhofer angesprochen hat, mit Flächenzusammenlegungen speziell am Grünmarkt, denke ich mir, gibt es da Chancen. Das wären Ansätze, wo wir uns wirklich den Kopf zerbrechen können aber nicht über eine Nutzung von einem Media-Markt und vielleicht einem Hofer gegenüber vom Taborland.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Mag. Frech zum 2. Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Nachdem gestern nach meinen Recherchen der Letztstand war, dass dort ein Hofer reinkommt beispielsweise, Kollege Mayrhofer wo sie gerade gesagt haben das stimmt so nicht, gehe ich davon aus, dass sie anscheinend besser informiert sind, mehr involviert sind in das Projekt und ich hätte sie einfach gebeten, ihren Ist-Stand auch weiter zu geben, wer kommt da wirklich hinein. Ich denke mir, das ist auch ganz interessant, weil Estate hat ja diesen Antrag gestellt und dann sollten wir auch wissen, wer macht das jetzt und was kommt da hinein. Vielleicht könnten sie uns sagen was da der aktuelle Stand ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kollegin Frech, da müssen wir einmal eines ganz klar stellen. Heute geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung. Ich verwehre mich dagegen, dass wir planerische Richtlinien, die wir als Stadt herausgeben, abhängig machen davon, wer, steht er mir zum Gesicht, ja oder nein, so kann es nicht gehen. D. h., es geht nur um eine grundsätzliche Überlegung und das ist legitim, dass ich sage, grundsätzlich dort passt ein Zentrum nicht hin. Aber es kann nicht so sein dass ich sage, einen Hofer lass ich hin oder nicht hin aber einen Billa lass ich schon hin, so kann man nicht vorgehen. Zur konkrete Frage gebe ich gerne Auskunft. Meine Information die ich aus dem Bereich Hofer habe heißt, sie sind bedarfsmäßig in Steyr gedeckt, sie sehen keinen Bedarf mehr für einen zusätzlichen Hofer, sie gehen davon ab sich dort anzusiedeln.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ist bekannt wer sich sonst noch interessiert? Das ist eine reine Informationsfrage.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es gibt einige Fachmarktketten die ihr Interesse angekündigt haben. Ob die tatsächlich einziehen entzieht sich meiner Kenntnisnahme. Aber es gibt den Wunsch, dort eine Entwicklung zu machen. Recht viel Flächen in Steyr wo es tatsächlich geht dass man Großflächenanbieter unterbringt, haben wir nicht. Die sind wirklich an einer Hand abzuzählen. Die meisten die dann, wo es theoretisch möglich wäre, sind nicht einmal verfügbar, weil der Eigentümer dieses Grundstücks gar nicht bereit ist derzeit z. B. etwas zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns ja diese Entscheidung nicht so leicht gemacht. Es ist nicht so nach dem Motto gegangen Augen zu und durch und da wird schon der Richtige hinkommen und es wird schon die richtige Verkehrslösung geben sondern, das geht auch aus dem Zeitraum hervor und die Frau Frech hat ja das eh schon erwähnt, dass der Antrag der Firma Weindl ja schon so lange zurückliegt und es gibt auch schon Planungen die über einen relativ großen Zeitraum hinweg stattfinden. Es waren keine einfachen Gespräche. Das Hauptthema, d. h. die Straße zwischen dem Taborland und dem neuen Fachmarktzentrum war eigentlich der Knackpunkt. Diese Verkehrslösung gibt es. Es gibt für diesen Bereich eine befriedigende Verkehrslösung. Das Problem der Einfahrt über die Wolfener Straße, da gibt es noch ein Gutachten, das wird es auch demnächst geben, ist nicht mehr das große und das Kriterium für diesen Fachmarkt, sodass wir gemeint haben diese Flächenwidmungsplanänderung sollte heute durchgeführt werden. Ich bin auch überzeugt, dass dort entsprechende Arbeitsplätze entstehen die wir in Steyr brauchen, die sicher vernünftig sind. Es ist natürlich auch im Laufe der Verhandlungen diskutiert worden über die Fälle, na was passiert, wenn das dort nicht stattfinden kann. Selbstverständlich sagt der, da habe ich schon in Dietach eine Möglichkeit mich anzusiedeln und dann werde ich halt dort hinziehen. So schaut es im Detail aus. Mich wundert nur eines, der Herr Hack als Vertreter der Unternehmerpartei, dass sie gegen den Bau eines Fachmarktzentums in diesem Bereich auftreten. Selbstverständlich muss in der Stadt Steyr etwas getan werden. Es wird auch jede Menge getan. Wir haben zu diesem Zweck ja auch noch einen Stadtmarketing-Menschen eingestellt, der sehr aktiv, wirklich sehr aktiv, gerade jetzt, und wenn sie wissen, was er alles macht, ich glaube, zu ihnen ist er schon sehr oft gekommen. Es gibt auch Aktivitäten entsprechende Geschäfte nach Steyr zu holen, es gibt sehr viel, das auf diesem Sektor gemacht wird. Ich unterstütze den Stadtmarketingmanager auch ganz, ganz aktiv bei diesen Tätigkeiten. Wir sind mit konkreten Firmen in Verbindung die wir, wenn es uns irgendwie möglich ist, am Stadtplatz holen wollen, qualitativ hochwertige Firmen. Das zu dem Thema.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Darf ich zum Thema Unternehmerpartei das noch ein bisschen korrigieren. Wir vertreten selbstverständlich auch Unternehmer aber genauso Arbeitnehmer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 2 ÖVP, FPÖ. Wer ist dagegen? 3 (GAL). Wer übt Stimmenthaltung? 4 ÖVP (GR Gabath, GR Hack, GR Würhleitner, GR Altmann), 1 Bürgerforum Frech. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Danke, ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Ich bitte als nächste Berichterstatterin meine Kollegin ans Podium.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich habe heute einen Amtsbericht. Und zwar geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr, Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2003.

Aus der Mitarbeiterschaft der Bezirksstelle Steyr-Stadt des Österreichischen Roten Kreuzes kann eine Reihe von Personen auf eine 15-jährige, 20-jährige und 25-jährige verdienstvolle Tätigkeit im Rettungswesen verweisen und wird gemäß den Richtlinien über die Verleihung der „Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr“ für die Verleihung vorgeschlagen.

Rettungsverdienstmedaille in Bronze – für 15-jährige Mitarbeit:

Ing. Robert Schmidt
DI Dr. Wolfgang Stöckl
Ing. Klaus Schnopfhagen

Rettungsverdienstmedaille in Silber – für 20-jährige Mitarbeit:

Oswald Sobola

Rettungsverdienstmedaille in Gold – für 25-jährige Mitarbeit:

Rudolf Hochrieser
Adolf Haselsteiner

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag. Danke.

5) K-87/03 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 10. August 2003 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer 15-jährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt.

Rettungsverdienstmedaille in Bronze – für 15-jährige Mitarbeit:

Ing. Robert Schmidt
DI Dr. Wolfgang Stöckl
Ing. Klaus Schnopfhagen

Rettungsverdienstmedaille in Silber – für 20-jährige Mitarbeit:

Oswald Sobola

Rettungsverdienstmedaille in Gold – für 25-jährige Mitarbeit:

Rudolf Hochrieser
Adolf Haselsteiner

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Keine. Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatterin und bitte als nächsten Berichterstatter meinen Kollegen Gerhard Bremm ans Rednerpult.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag geht es um eine außerordentliche Subvention für den Polizeisportverein für

die Überdachung der Stock- und Bahnengolfanlagen anlässlich der Bahnengolf Weltmeisterschaft 2005.

Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) Fin-186/03 Polizei-Sport-Vereinigung Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Überdachung der Stock- und Bahnengolfanlage anlässlich der Bahnengolf-Weltmeisterschaft 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 30. Juni 2003 wird der Polizei-Sport-Vereinigung Steyr für die Überdachung der Stock- und Bahnengolfanlage anlässlich der Bahnengolf Weltmeisterschaft 2005 in Steyr eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von € 21.850,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 21.850,- (iW einundzwanzigtausendachthundertfünfzig) werden bei der VSt. 1/269000/777000 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Kein. Danke, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der zweite Antrag ist ebenfalls ein Ansuchen des ATSV Stein um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Sanierungsarbeiten sowie baulichen Maßnahmen am Sportheim und am Sportplatz. Es ist im Antrag aufgelistet. Es ist hier eine erste Rate für 2003 von 34.700,- Euro fällig. Es sind für die nächsten Budgetjahre weitere zwei Raten vorgesehen. Heute geht es um die eine Rate und ich ersuche den Gemeinderat um die Zustimmung.

7) Fin-220/99 ATSV-Stein; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Sanierungsarbeiten sowie baulichen Maßnahmen am Sportheim und am Sportplatz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 30. Juni 2003 wird dem ATSV Stein für die Sanierungsmaßnahmen des Sportheimes sowie des Sportplatzes in der Klosterstraße eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von € 104.000,- gewährt die sich wie folgt aufteilt:

Budgetjahr 2003 € 34.700,-

Budgetjahr 2004 € 34.700,-

Budgetjahr 2005 € 34.600,-

Zum genannten Zweck werden als 1. Rate Mittel im Ausmaß von € 34.700,- (i.W. vierunddreißigtausendsiebenhundert) bei der VSt. 1/269000/777000 für das Rechnungsjahr 2003 freigegeben.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Die Raten für die Jahre 2004 und 2005 sind in den Budgetvoranschlägen vorzusehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium, wie bereits im StS möchte ich auch hier nicht verhehlen, dass ich über die Langsamkeit der zuständigen Abteilung mehr als nicht erfreut bin. Die Anträge von den Vereinen sind am 24. Juni 2002 und am 9. Juli 2002 gekommen und wie es sich auch ehrenamtlichen Funktionären gegenüber gehört, hat das Land OÖ das natürlich schnell und prompt behandelt und hat 2002 seine Zustimmung und seine Mitfinanzierung erklärt. Bei uns bitte schön, wir sind kurz vor dem Jahr 2004, nach 1 ½ Jahren bekommen diese Vereine diese Zusage. Jetzt kann man natürlich noch sagen, das ist eh noch immer rechtzeitig, sie hätten wahrscheinlich eh nicht früher das Geld gehabt oder bauen können. Aber wir sehen einfach, wie schwierig es hier ist, dass ein Verein bitte wirklich zu dem kommt, was er möchte. Hier geht es um die Umgangsform mit diesen Vereinen. Es ist ja noch gar nicht lange aus, ich glaube sogar diese Woche in den Zeitungen haben wir auch gehört, wie schwierig es ist in dieser Fachabteilung für einen Verein, dass er seine Veranstaltungen, und hier spreche ich die Sporthalle Tabor an, durchführen kann, weil die Linien nicht passen, dann heißt es das können wir nicht ändern, da müssen wir einen Architekten beauftragen und, und, und. Und hier ebenfalls. 1 ½ Jahre von der Antragstellung bis jetzt. Wir werden es hoffentlich alle beschließen und damit ist die Causa erledigt. Ich ersuche wirklich, dass man in Zukunft hier mit dem nötigen Ernst an die Geschichte herangeht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also es ist bei Sportprojekten nicht immer ganz so einfach wie man sich das vorstellt. Es gibt eine Menge Vorbereitungsarbeit und Abstimmungsgespräche zwischen den Subventionsgebern. Ich nehme an du hast jetzt den ATSV Stein gemeint, weil du gesagt hast die Vereine. Ist das so zu verstehen gewesen?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der Sportverein hat auch am 9. Juli 2002 angesucht.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die Vereine planen ja solche Investitionen nicht so schnell und brechen das über das Knie, dass sie sagen jetzt suchen wir schnell bei der Stadt an und in zwei Monaten fangen wir mit dem Bauen an. Die planen solche Großinvestitionen mehrere Jahre voraus. Gott sei Dank, weil sie nämlich gut und professionell vorbereitet werden und wir eigentlich in der Stadt bis auf eine Kleinigkeit, die uns noch immer ein bisschen im Magen liegt, aber ansonsten bei den Vereinen geordnet und verantwortungsbewusst geplant wird. Wir haben hinten nach eigentlich fast nie irgendwelche Nachjustierungen oder ein Bauchweh zu verzeichnen. In den konkreten beiden Vereinen, ob Polizei oder der ATSV Stein, mit denen ist das so abgestimmt. Die sind 2002 gekommen und sagen, wir wollen dieses Projekt realisieren, wir wollen möglicherweise 2004 beginnen. Also, weil es nämlich ein großer Brocken ist, wie es für den ATSV-Stein ist, wo es ja um mehrere Millionen Schilling geht. Da ist es ja nicht so einfach, dass die die Mittel haben. Darum wird mit denen auch eine Ratensubvention vereinbart, dass wir sagen, heuer zahlen wir diese Rate, 2003 die und 2004 diese Rate. Dazwischen realisiert der Verein dieses Projekt. Aus dem Grund wird da oft eine Optik erweckt, wie wenn die Anträge und die Ansuchen in der Fachabteilung Monate oder 1 ½ Jahre liegen bleiben würden. Also, das muss ich wirklich strikt zurückweisen, das ist nicht so. Es gibt aber auch dazwischen Abstimmungen zwischen dem Land und den Dachverbänden und natürlich auch der Stadt. Es gibt Finanzierungsgespräche, es gibt Termine mit dem Sportstättenbaubeirat, der solche Großprojekte genehmigen muss. Das dauert alles und braucht seine Zeit. Ich bin davon überzeugt, lieber Gunter Mayrhofer, dass der ATSV Stein vom Land OÖ noch keine finanziellen Mittel überwiesen bekommen hat. Das glaube ich nicht, dass das der Fall ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie waren abhängig, ob wir mitfinanzieren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Sie haben die Zusage erhalten, dass sie Subventionen bekommen werden. Die Zusage haben sie von der Stadt Steyr auch.

Der zweite Verein, der PSV, den wir vorher beschlossen haben, da ist es das Gleiche. In dem vergangenen Jahr ist mit dem Verein Kontakt aufgenommen worden, ob sie die Weltmeisterschaft 2005 durchführen wollen. Wenn sie das machen und wenn sie diese durchführen, sind aber

bestimmte Bedingungen daran geknüpft. Eine Bedingung ist, dass sie die Stockbahnen überdachen, damit sie dort so eine Minigolfanlage hineingeben können, damit sie witterungsunabhängig sind, weil sie können sich nicht leisten eine Weltmeisterschaft durchzuführen und dann ist eine Schlechtwetterperiode und dann ist die geschmissen. Das ist eine Bedingung gewesen. Aus dem Grund hat der PSV geplant, 2004 die Stockbahnen zu überdachen. Es ist mit ihnen vereinbart, dass die finanziellen Mittel, also wir werden es beschließen. Sie werden dann in den nächsten Monaten beginnen. 2004 wir das fertig gestellt. Also, wir sind da nicht im Verzug. Die Vereine, das darfst du nicht glauben, die sind eh nicht so zimperlich. Wenn die das Geld brauchen und wir trödeln da herum, dann würden die schon an die Türe klopfen und sagen, hallo, wir brauchen die „Marie“, wir sind da schon im Verzug. Es ist nicht so, dass wir uns da im Kindergartenmilieu bewegen. Die wissen schon wie sie zu ihrem Geld kommen.

Die Linien, weil du sie angeschnitten hast, möchte ich schon auch einen Satz dazu sagen. Ich bin auch unzufrieden mit der Diskussion die da stattgefunden hat. Es ist aber äußerst kompliziert in Steyr mit Basketball. Das ist nicht ganz so einfach. Wir kennen das ja immer wieder. Es gibt halt verschiedene Vorschriften vom Schulsport, vom Schulmilchcup, von den Jugendmeisterschaften bis hin zu den Meisterschaften im Erwachsenenbereich. Wenn man sich die Linierungen in der Halle anschaut, wenn man ein Nichtkenner ist, ist man sowieso verwirrt und weiß eigentlich eh nicht welche Linie zu was gehört, und da hat es Diskussionen gegeben, damit der Schulmilchcup durchgeführt werden kann und damit das andere, wie ich es schon angeführt habe, durchgeführt werden kann. Dann gibt es natürlich noch auf Bundesebene die Auflagen für die Linien. Noch eines, es geht ja nur um die Drittelhalle, es geht nicht um die große Halle, sondern um die Drittelhalle, dass die auch basketballspielfähig ist mit den Meisterschaften. Wir haben keinen Architekten beauftragt, das ist falsch rüber gekommen, sondern wir haben den Generalplaner, der natürlich ein Architekt ist, beauftragt, dass er das da jetzt in Ordnung zu bringen hat, der hat nämlich von uns das Geld bekommen, den haben wir bezahlt und es müssen da auch die, die in der Ausschreibung drinnen waren, dass die auch so vollzogen werden, damit wir alle Meisterschaften, ob Schulmilchcup oder andere Meisterschaften, dort durchführen können. Diese Woche gibt es ein Gespräch, das habe ich angeordnet, mit den Verantwortlichen. Ich gehe davon aus, ich habe gesagt, es muss raschest eine Lösung herbeigeführt werden, damit wir dort endlich diese Halle in Ruhe bespielen können. Ich kann aber erfreulich mitteilen, alle die bisher drinnen waren, sind höchst erfreut und loben die Halle über den grünen Klee, dass ich fast ein ungutes Gefühl bekomme, weil wenn zuviel gelobt wird, weißt eh Hans, da bekommt man auch manchmal Bedenken. Aber wir sind dabei, dass dieses Problem auch sofort bereinigt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, ich kann vielleicht noch eine Bemerkung anschließen. Ich habe mir in meinem Urlaub das Vergnügen gemacht, dass ich im Internet nachgeschaut habe was in Steyr so los ist. Da habe ich dann gelesen, dass der Schulmilchcup irgendwo ausschlaggebend ist für die Linienziehung der Stadthalle. Ich habe innerlich gelacht und habe mir gedacht, in Steyr müssen wir schon ein zufriedenes Volk sein, dass wir solche Sorgen haben. Das war für mich schon ganz interessant.

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung über den ATSV Stein. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Mein nächster Antrag ist ein erfreulicher Antrag. Es geht hier um die Sportehrenzeichenverleihung für Funktionäre und für Sportler. Erfreulich deswegen, weil es nach doch mehreren Jahren wiederum möglich ist, dass die zu ehrenden Sportler doch um einiges mehr sind wie die zu ehrenden Funktionäre. Das zeigt, dass der Sport in der Stadt funktioniert. Wir haben zwei Sportehrenzeichen für Funktionäre in Gold. Es ist dies Christa Hofstetter vom Allgemeinen Turnverein, Sektion Turnen, und unsere Bürgermeister David Forstenlechner, der nicht nur in der Politik ist, sondern auch ehrenamtlicher Funktionär seit vielen, vielen Jahren bei den Naturfreunden Österreich, Ortsgruppe Christkindl ist. Beide Anträge, die von den Vereinen ja eingebracht wurden, wurden von der FA geprüft auf die Bedingungen und sind im Stadtsportausschuss auch beraten worden und sind einstimmig als Empfehlung an den Gemeinderat weitergeleitet worden.

Sportehrenzeichen für Sportler, was ganz erfreulich ist und das ist nicht alltäglich. Wir haben einen Europameister wiederum in Steyr und zwar Clemens Doppler, der im Beachvolleyball 2003 mit Nick Berger Europameister geworden ist. Er wird hier vorgeschlagen für das Sportehrenzeichen in Gold.

Für das Sportehrenzeichen in Silber wird vorgeschlagen Ingo Schweiger vom ASKO

Kampfsportverein Steyr, Kickboxer. Er bringt auch die Voraussetzungen für dieses Sportehrenzeichen mit.

Sportehrenzeichen für Sportler in Bronze wird vorgeschlagen: Manuel Müller, ASKÖ Kickboxclub Steyr, 4 Landesmeistertitel im Kickboxen, Walter Rathmayr, ASKÖ Steyr Windsurfclub, ebenfalls Stadtmeister, mehrfacher Landesmeister. Er erfüllt auch die Voraussetzungen. Kai Schindlinger, Sektion Stocksport von der Forelle Steyr, Stadtmeister im Stocksport über mehrere Jahre, also die Voraussetzung für das Sportehrenzeichen in Bronze. Martin Forcher, Sektion Eishockey, Markus Hildner, Eishockey, Thomas Knoth, Eishockey, Paul Krempl, Eishockey, Michael Otruba, Eishockey und Stefan Otruba, Eishockey. Das ist die Mannschaft, die mehrmals Landesmeister geworden ist. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) Sport-12/02 Sportehrenzeichenverleihung 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 29. Oktober 2003 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1. und 2. der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das 50. Lebensjahr erreicht und in den letzten zehn Jahren eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. BGM ING. DAVID FORSTENLECHNER, Jg. 1948 – TV Naturfreunde Österreich–Ortsgr. Christkindl
1977 bis 1982 Wanderwart TV Naturfreunde Österreich – Ortsgruppe Christkindl
1982 bis 1985 Kassier TV Naturfreunde Österreich – Ortsgruppe Christkindl
1985 bis 1988 Obmann-Stv. TV Naturfreunde Österreich – Ortsgruppe Christkindl
seit 1988 Obmann des TV Naturfreunde Österreich – Ortsgruppe Christkindl

2. CHRISTA HOFSTETTER, Jg. 1943 – Allgemeiner Turnverein Steyr – Sektion Turnen
seit 1979 Vorturnerin (= Trainer) – Allgemeiner Turnverein Steyr
1981 bis 1985 Dietwart – Allgemeiner Turnverein Steyr
1985 bis 1997 Turnwart (= Sektionsleiter) – Allgemeiner Turnverein Steyr

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN GOLD:

Gemäß III A/1 der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in goldener Ausführung für die erfolgreiche Teilnahme an herausragenden sportlichen Ereignissen (Teilnahme an olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften), für die fünfmalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzelbewerb, für außergewöhnliche sportliche Leistungen auf alpinistischen Gebiet, für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Mannschaftsbewerb, sofern dieser nicht auch als Einzelbewerb ausgeschrieben ist und für aktive Mitglieder einer Mannschaft, die maßgeblich Anteil daran haben, dass die Mannschaft der höchsten Spielklasse Österreichs angehört, verliehen.

1. CLEMENS DOPPLER, Jg. 1980 – UNION Volleyballclub Steyr
Europameister 2003 mit Nik Berger im Beachvolleyball
2-facher Indoor – Staatsmeister (2001 und 2002) mit den Vienna Hot-Volleys
3-facher Beach-Staatsmeister (2001, 2002 und 2003) mit Didi Maderböck und Nik Berger
Teilnahme an der Beachvolleyball WM 2003 in Rio De Janeiro mit Nik Berger (17. Platz)

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN SILBER:

Gemäß III A/2. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in silberner Ausführung für die dreimalige Erringung eines österr. Staatsmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb bzw. für die fünfmalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder

Mannschaftsbewerb verliehen. Der Meistertitel in einem Mannschaftsbewerb wird als halber Einzeltitel bewertet, wenn in dieser Sparte auch Einzelbewerbe ausgeschrieben werden.

1. INGO SCHWEIGER, Jg. 1975 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr
Kickbox-Landesmeister/Semikontakt +91 kg 2000, 2001, 2002 und 2003 – ASKÖ KBC Steyr
Kickbox-Landesmeister im Vollkontakt +91 kg 2003 - ASKÖ KBC Steyr

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß III A/3. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in bronzener Ausführung für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. MANUEL MÜLLER, Jg. 1974 – ASKÖ Kickboxclub Steyr
Landesmeister im Kickboxen Semikontakt 2000
Landesmeister im Kickboxen Leichtkontakt 2000
Landesmeister im Kickboxen Semikontakt 2001
Landesmeister im Kickboxen Leichtkontakt 2001

2. WALTER RATHMAYR, Jg. 1946 – ASKÖ Steyr Windsurfclub
Stadtmeister im Windsurfen 1980, 1981, 1982, 1983 und 1984
Basketball Landesmeister 1966 und 1967 – Allgemeiner Turnverein Steyr
Basketball Landesmeister 1972 – SV ESF Linz
Basketball Landesmeister 1975 – ABC ESG Linz

3. KAI SCHINDLINGER, Jg. 1968 – SV Forelle Steyr – Sektion Stocksport
Stadtmeister im Stocksport 1996 – Winter, 1997 – Sommer, 2001 – Winter, 2003 – Winter und 2003 - Sommer

4. MARTIN FORCHER, Jg. 1977 – ATSV Steyr – Sektion Eishockey
Eishockey-Landesmeister 2000, 2001 und 2002

5. MARKUS HILDNER, Jg. 1975 – ATSV Steyr – Sektion Eishockey
Eishockey-Landesmeister 2000, 2001 und 2002

6. THOMAS KNOTH, Jg. 1973 – ATSV Steyr – Sektion Eishockey
Eishockey-Landesmeister 2000, 2001 und 2002

7. PAUL KREMPL, Jg. 1975 – ATSV Steyr – Sektion Eishockey
Eishockey-Landesmeister 2000, 2001 und 2002

8. MICHAEL OTRUBA, Jg. 1975 – ATSV Steyr – Sektion Eishockey
Eishockey-Landesmeister 2000, 2001 und 2002

9. STEFAN OTRUBA, Jg. 1975 – ATSV Steyr – Sektion Eishockey
Eishockey-Landesmeister 2000, 2001 und 2002

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag?
Stimmhaltung? Keine. Einstimmige Annahme. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im letzten Antrag geht es um die Erhaltung von Magistratswohnobjekten in Verwaltung der GWG. Hier geht es um die Auszahlung des 1. Teilbetrages, dass die Stadt für die Sanierung und die Erhaltung aufkommt. Es geht um 45.000,- Euro. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) GHJ2-64/03 Erhaltung von Magistratswohnobjekten in Verwaltung der GWG; Auszahlung des 1. Teilbetrages.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27. 10. 2003 wird einer Mittelfreigabe um Auszahlung des 1. Teilbetrages für die von der GWG der Stadt Steyr erhaltenen Magistratswohnobjekte, im Ausmaß von € 45.000,00 zugestimmt.

Die dafür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 45.000,00 inkl. USt. (fünfundvierzigtausend) werden bei der VA-Stelle 5/853100/010000 (Geschäftsgebäude/Gebäude)

freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 45.000,00 inkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Wir werden dem Antrag sehr wohl zustimmen, aber trotz der Brisanz beim Budget von der Anfangs gesprochen worden ist, glaube ich ist hinzuweisen, dass wir hier, ich möchte fast sagen, dass hier die Stadt ein bisschen säumig ist. Wenn ich daran denke, dass in der Wokralstraße 1, in der Brucknerstraße 1, in der Schubertstraße 3, in der Marxstraße 4, Wohnungen, die dem Magistrat Steyr gehören, schon lange Zeit, sehr lange Zeit, leer stehen und bei der Anfrage immer wieder von der GWG hingewiesen wird, die Wohnungen können wir nicht vermieten, weil sie erst hergerichtet werden müssen und uns, der GWG, einfach das Geld fehlt, so denke ich, ist der heutige Antrag einmal ganz wichtig, dass die GWG Geld bekommt. Aber ich denke, dass sie von der Stadt selber her sehr wohl daran denken müssen, diese Wohnungen zu revitalisieren, zu erneuern. Natürlich bringen sie uns nicht sehr viel Geld weil, wie auch im Amtsbericht steht, sozialpolitisch diese Wohnungen eine große Wichtigkeit haben. Gerade deswegen meine ich, dass diese Wohnungen, gerade in den besagten Straßen ganz, ganz wichtig wären, dass sie wieder hergerichtet und revitalisiert werden. Ich denke ein Zuwarten kommt uns ja nicht billiger sondern immer wieder teurer, je länger Wohnungen leer stehen, je länger sie nicht gerichtet werden, das bringt immer mehr an Kosten. Wenn man dann weiter denkt, dass einfach auch manch andere Häuser die auch noch der Stadt gehören, Haratzmüllerstraße 44 oder Haratzmüllerstraße 41, wenn man nur an das Äußere schaut und uns einfach Mitbürger diese Fotos schicken, dann glaube ich müssen wir einfach darauf hinweisen, dass wir hier eine ganz wesentliche Aufgabe zu erfüllen haben, trotz der brisanten Lage des Budgets. Ich würde dann auch noch eine Bitte anschließen. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn wir wieder einmal eine Aufstellung aller stadteigenen Liegenschaften und Häuser bekommen könnten, dass man wieder einmal ein bisschen schauen kann, wie schaut es mit unseren Liegenschaften aus, welche müssen wir behalten, um welche müssen wir uns mehr annehmen oder welche könnte man anbieten um Zusammenlegungen zu erreichen und um wieder irgendwelche andere Dinge machen zu dürfen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ein bisschen betrifft ja dieser Amtsbericht auch die Agenden des Stadtrates Oppl, betrifft es nicht nur die Liegenschaft als solches sondern auch das Wohnen. Die GWG hat ja bekanntlich über 6.000 Wohnungen und viele, viele Magistratswohnungen im Besitz der Stadt Steyr die, wie auch hier im Amtsbericht richtig erwähnt, teilweise in einem sehr desolaten Zustand sind. Die GWG und die Stadt Steyr hat natürlich auch aufgrund der Größe und der vielen Anzahl der Wohnungen und der sozialen Verpflichtung natürlich auch jene Menschen sozusagen die bei uns übrig bleiben, die nicht gerade eben auf der Sonnenseite des Lebens stehen oder mit dem Los der Lottomillionäre zu kämpfen haben. Wir kenne ja diese Dinge auch teilweise aus dem Wohnungsausschuss. Ich möchte aber hier auf ein konkretes Objekt eingehen, das mir persönlich ein Anliegen ist. Ich habe das ja auch schon einmal im Wohnungsausschuss deponiert. Es ist das Haus, das historisch wertvolle Haus in der Kirchengasse,

eines der ältesten Häuser in Steyr, das sogenannte Messererhaus. Das ist auch im Besitz des Magistrates, wo eine Frau mit über 80 Jahren im ersten Stock lebt, ohne Heizung, mit desolaten Fenster und die Toilette über den freien Hof im Winter benützen muss, wo sie zuerst sozusagen den Schnee wegschaufeln muss. Ich würde daher hier einmal vorschlagen, dass man auch Mittel zur Verfügung stellt um dieses Objekt zu sanieren. Ich weiß schon, der Kollege Lengauer hat ja auch sehr viel heute hier aufgezählt und es wäre einmal ganz interessant, welche Objekte, vor allem bei den Magistratswohnungen, im Besitz der Stadt Steyr sind. Ich glaube, es wäre eine gewisse soziale Verpflichtung auch, dass wir uns dieses Objektes und vor allem der darin wohnenden Mieter annehmen. Ich weiß schon, mit 45.000,00 Euro die wir heute beschließen werden wir nicht mehr recht weit kommen. Wenn ich so schaue, wir haben schon einmal 100.000,00 bereits zur Verfügung gestellt und wenn man sich die budgetäre Situation des nächsten Jahres anschaut, werden wir wahrscheinlich auch nicht recht weit kommen. Ich habe das aber trotzdem mit Absicht hier gesagt, vielleicht kann man sich das einmal anschauen. Ich möchte hier niemanden etwas unterstellen, ich weiß, es ist alles knapp, aber trotzdem, das Gebäude hat es sich verdient, dass wir es auch herrichten und vor allem die Bewohner die dort unter Umständen leben, die ich hier jetzt nicht noch einmal näher beschreiben möchte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung. Roman, jetzt hätte ich dich beinahe vergessen. Entschuldige vielmals, das wird nie mehr vorkommen .

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, meine Vorredner haben ja bereits sehr viel vorweggenommen, sodass ich mich sehr kurz halten kann in meiner Wortmeldung, aber dennoch bleiben für mich einige Fragen offen. Im Amtsbericht, und darauf beziehe ich mich, ist nachzulesen, dass eine Vielzahl von Magistratswohnungen oder Wohnobjekten sich in einem äußerst desolaten Zustand befinden und im nächsten Absatz wird aber darüber berichtet, dass im Jahre 2003 bereits von Seiten der GWG 250.000,-- Euro für Erhaltungs- und Verbesserungsmaßnahmen investiert wurden. Heute beschließen wir einen Betrag von € 45.000,--. Daher meine konkrete Frage, vielleicht kann man die beantworten, wie es tatsächlich in diesem Bereich weiter gehen soll, denn ich gehe davon aus, nachdem wie gesagt das im Amtsbericht so geschildert wird, dass sich viele Wohnobjekte im desolaten Zustand befinden, dass das nach wie vor der Fall sein wird und man aber auf der anderen Seite, wenn wir heute € 45.000,-- beschließen, auf Seiten der GWG noch einen Abdeckungsbedarf von Seiten der Stadt haben. Wie soll es also tatsächlich weiter gehen mit dieser Sanierung? Herr Kollege Bremm, vielleicht könntest du die Frage, nachdem die auch von meinem Vorredner angeklungen ist, beantworten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke Roman. Walter bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem ich von ihnen, Herr Kollege, angesprochen worden bin, indirekt auf die Häuser in der Wokralstraße, Marxstraße etc. Faktum ist eines, und das wissen sie auch ganz genau Herr Kollege, dass wir, seitens der GWG, sehr wohl, wo es möglich ist und auch laufend die Wohnungen auf einen Standard bringen. Wir bauen laufend Bäder ein, wir bauen laufend Heizungen ein. Nur die besagten Wohnungen, die sie angesprochen haben, da muss man auch offen und in aller Ehrlichkeit sagen, da muss man es sich ganz genau überlegen was man wirklich mit diesen Gebäuden macht. Wir stehen da vor einem Faktum, dass die Häuser zum Großteil nur halb unterkellert sind, dass das Gebäude total durchnässt ist und Sanierungskosten einen Aufwand bedeuten würden der bei weitem das wahrscheinlich übersteigt als wie wenn man sich wirklich ernsthaft Gedanken macht, ob es nicht geschickter wäre Projekte zu entwickeln, dass man diese Gebäude neu errichtet. Es nützt uns nichts wenn man die Wohnungen herrichtet, wenn sie feucht sind, wenn man das nicht in einen Zustand versetzen kann, dass dort die Leute auch menschenwürdig wohnen können. Da sage ich, ist es mir lieber wir lassen die Wohnungen leer stehen und haben einen bestimmten Leerstand, als wir geben es wo hinein wo wir etwas sanieren und innerhalb von 2 Wochen fällt uns die Farbe wieder von der Wand herunter weil es so feucht ist. Das ist wirklich ein Problem an dem wir arbeiten müssen, da gebe ich ihnen vollkommen Recht.

Zu dir Hans, da muss ich schon eine Klarstellung treffen. Den Fall, den du angesprochen hast, den haben wir im Wohnungsausschuss schon im Frühjahr debattiert. Das hast du im Frühjahr schon im Wohnungsausschuss vorgebracht. Ein Fakt ist, wir haben uns das sofort angeschaut. Ein Fakt ist, die Fensterscheiben sind nicht mehr kaputt, die sind sofort hergerichtet worden. Ein Faktum ist, dass wir

uns mit dem Denkmalschutz in Verbindung gesetzt haben, ob es möglich wäre diese Toilette irgendwo einzubauen und ein Faktum ist, dass das nicht möglich ist. Ein weiteres Faktum ist auch, dass wir der Dame angeboten haben, dass wir woanders versuchen ihr eine würdige, dementsprechende Wohnung zur verschaffen. Die Dame will aber nicht ausziehen. Das wollte ich dazu sagen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Die hat aber ihr Leben lang dort gewohnt.

STADTRAT WALTER OPPL:
Es sind aber auch Umstände, die man zur Kenntnis nehmen muss, die wir nicht verändern können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke Walter. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist richtig, es ist ein Problem, es ist nicht unbekannt, das wissen wir, als die Zuständigen, die Verantwortlichen, alle die wir hier sitzen, wie wir es eh im Wohnungsausschuss diskutiert haben und woanders auch, wie es der Kollege Oppl erwähnt hat. Ich kenne auch die Situation von dem schönen Bild, das sie hergezeigt haben. Aber es ist natürlich die Schwierigkeit die, wenn man solche Häuser saniert, kostet das eine Menge Geld. Wir wissen, dass die Mieter, die wir in den Häusern haben, finanziell nicht belastbar sind. Wir bekommen nicht einmal die Miete, die wir dort vorschreiben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das Haus z. B. ist leer.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das ist nicht leer, ich sage es dir eh gleich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Selbstverständlich!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, es ist nicht leer, ich habe mich erst vor 14 Tagen ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das ist leer.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, Gunter glaube es mir, ich bin der zuständige Referent. Ich sage es eh gleich.
Es ist unheimlich schwierig, wir bekommen nicht einmal die Miete. Wenn wir es sanieren, dann müssten wir die Sanierungskosten auf die Mieten dort aufschlagen und das ist nicht möglich. Darum raufen wir uns mit den Häusern herum. Ich habe da, wie ich kurz Wohnungsreferent war auch in der GWG einmal gesagt, droben auf der Ennsleite, da haben wir von der Architektur, von der Lage her, wunderschöne Häuser, aber sie gehören dringendst saniert, ob man nicht überlegt, dass man absiedelt und dort eine andere Mieterstruktur hinein bringt. Es ist alles leichter gesagt vom grünen Tisch wie dann in der Praxis dann auch zu realisieren. Wo soll man denn die Mieter dann hingeben? Das ist nicht ganz einfach.

Zu dem Haus in der Haratzmüllerstraße. Das ist auch eines. Wir haben in diesem Haus einen Mieter drinnen, der auch ein solcher ist, der finanziell nichts hat. Von dem bekommen wir nichts, der wohnt dort umsonst drinnen aber unter desolatesten Zuständen. Jetzt ist da unsere Haltung, und das werden wir in Kürze in der Form zu lösen versuchen, dass wir für den ein anderes Quartier suchen. Wir haben in der Haratzmüllerstraße eh ein schöneres Haus, ein saniertes Haus, wo wir auch Mieter in dem sozial schwächeren Bereich drinnen haben, dass wir vielleicht dort Räumlichkeiten vorfinden, dass wir dort einen Raum finden, dass wir dort eine Wohnung finden, dass man den Mieter umsiedeln kann und dass wir dann dieses Haus veräußern. Die Stadt hat an diesem Haus überhaupt kein Interesse, wir brauchen das nicht. Es wird aber denkmalgeschützt sein, weil es war einmal das Mauthäusl. Vielleicht finden wir einen Privaten der das erwirbt und das Haus kauft. Wenn wir es als Stadt sanieren müssen, ist das fast ein Ding der Unmöglichkeit. Wie man es wirklich zufriedenstellend

löst, sehe ich momentan auch keinen Ansatz, außer wir hätten Budgetüberschüsse noch und nöcher, dass wir sagen, jetzt können wir die Häuser alle von der Stadt sanieren, ohne dass wir es auf die Mieten aufschlagen müssen.

Ich ersuche trotzdem diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Dietmar Spanring um seinen Antrag.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. In meinem heutigen Antrag geht es um die Gesellschaft der Musikfreunde Steyr, um eine Subvention für ihr Orchesterkonzert und eine Beschlussfassung vom Kulturausschuss und zuständigem Gremium empfohlene Förderung in der Höhe von 800,-- Euro. Ich ersuche diesen Betrag als Kreditübertragung freizugeben.

10) Fin-165/03 Gesellschaft der Musikfreunde Steyr; Subvention für Orchesterkonzert.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 23. Juni 2003 wird dem Verein „Gesellschaft der Musikfreunde Steyr“, Sierninger Straße 111, 4400 Steyr für sein Orchesterkonzert am 26. Juni 2003 eine Förderung in der Höhe von

€ 800,-- (EURO achthundert) zuerkannt und der erforderliche Betrag aus der VA-Stelle 1/322000/757000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/300000/757000 – Kultur – lfd. Transferz. An private Organisationen ohne Erwerbschar.; Sonstige Subventionen – auf die VA-Stelle 1/322000/757000 – Kultur – Maßnahmen der Musikpflege; Sonstige Subventionen – bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Danke schön, einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und schlage vor, dass wir jetzt ein 20-minütige Pause machen.

PAUSE VON 16.05 UHR BIS 16.40 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine Damen und Herren, lieber Gemeinderat. Wir setzen unsere Sitzung fort und ich bitte Herrn StR Hauser um seine Berichterstattung.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe heute drei Anträge, der eine betrifft den Investitionskostenzuschuss zum Ankauf eines Midi-Busses. Wie sie wissen, haben wir ja eine Autobusflotte in der Höhe von 32 Bussen. Der älteste Bus davon war Baujahr 1985 und der hatte eine Kilometerleistung von 680.000 Kilometer, darum war es notwendig, hier einen Bus zu erneuern. Wie sie wissen, haben wir ja voriges Jahr aufgrund der Hochwassersituation einen Bus gespendet bekommen, darum hat sich das hier für uns reduziert und wir müssen heuer nur einen Bus ersetzen. Wir haben uns nun entschlossen, hier einen Midi-Bus anzukaufen.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

11) Fin-228/03 Stadtwerke Steyr - Investitionskostenzuschuss zum Ankauf eines Midi-Busses

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 24. Oktober 2003, werden den Stadtwerken Steyr die im Budget 2003 (außerordentlicher Haushalt) vorgesehenen Mittel für Investitionskostenzuschüsse, zum Ankauf eines Midi-Busses, in der Höhe von € 291.400,-- gewährt.

Die Auszahlung erfolgt nach Maßgabe der vorgelegten Rechnungen.

Zu diesem Zweck werden bei der VSt 5/879000/779000 Mittel in der Höhe von € 291.400,-- für das Rechnungsjahr 2003 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 291.400,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche, diesen Antrag zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Der nächste Antrag befasst sich mit der Preisanpassung per 01. 01. 2004 der städtischen Verkehrsbetriebe. Hier sind wir in der Situation, dass wir einerseits Mitglied des OÖ Verkehrsverbundes sind und andererseits in den städtischen Verkehrsbetrieben auch noch sogenannte Hauspreise haben, also Fahrscheine bzw. Fahrscheingrößen, die wir nur bei unseren eigenen städtischen Verkehrslinien haben. Es ist jetzt aufgrund des neuen OÖ Verkehrsverbundvertrages so, dass diese Teuerungen jährlich abgegolten werden müssen bzw. dass aufgrund des Verbraucherpreisindex und des aus Energiekosten errechneten Erhöhungsbetrages diese Tarife anzupassen sind. Die Hauspreise, die sozusagen vorher nur bei uns waren, die aber jetzt in den OÖ. Verkehrsverbund aufgenommen wurden, sind in diesen OÖ. Verkehrsverbund zu transferieren. Das bedeutet einerseits, dass es natürlich gewisse Vorteile gibt. Z. B. Personen, die einerseits in Steyr eine OÖ. Verkehrsverbundkarte kaufen und damit in dieser Kernzone fahren können; das bedeutet z. B., wenn einer so eine Karte hat, z. B. für die Schüler eine Netzmarke, diese berechtigen mit unterschiedlichen Kosten und ich weiß nicht, wer dieses Karterl kennt, das hat es ja jetzt zur Werbung gegeben, dass es also diese Netzmarke einerseits für das gesamte Jahr gibt und andererseits nur für die Ferien dazu, oder für die Schulzeit, zu unterschiedlichen Beträgen, für die Ferien um € 11,-- und für die Schulzeit um € 22,-- und für das ganze Jahr um € 33,--, damit sie auf allen Linien fahren können, berechtigen auch jene Leute, die sozusagen in Garsten oder in St. Ulrich wohnen, dass sie mit dem Regionalbus oder mit der Bahn mit dieser Fahrkarte auch fahren können. Das ist der Vorteil, dass wir das in den OÖ. Verkehrsverbund transferiert haben, diese Netzmarke. Andererseits ist es so, dass wenn man bei den Regionalbussen so eine ermäßigte Monatsmarke kauft, dann können die, wenn die von Linz kommen und den Zielort Steyr haben, weil sie z. B. in Steyr in die Schule gehen, oder hier arbeiten, dann können sie mit dieser ermäßigten Monatsmarke alle städtischen Linien benützen. Also, das sind gewisse Vorteile, die es gibt und da es aber sehr lange gedauert hat, bis dieser Vertrag zustande gekommen ist, ist jetzt natürlich in einzelnen Bereichen die Erhöhung doch etwas spürbarer, z. B. mit 14 %. Aber das resultiert aus diesen Dingen und wir sind eben aufgrund dieses Vertrages gezwungen, diese Anpassungen durchzuführen. Ich habe aber aufgrund eines aktuellen Ereignisses, dass ich gestern von einer 100 % erblindeten Frau einen Anruf bekommen habe, dass sie also aufgrund dieses OÖ. Verkehrsverbundes und der Veränderungen, die dadurch passiert sind, jetzt nicht mehr kostenlos mit dem Autobus fahren können, weil hier nur mehr eine 50 %ige Ermäßigung vorgesehen ist, stelle ich den Zusatzantrag für die Stadt Steyr, dass wir hier unter der Kategorie F) im Bereich des Hauspreises aufnehmen, dass Behinderte unter der Kategorie F), 100 % Zivilblinde in der Zukunft wieder frei fahren dürfen. Diesen Zusatzantrag möchte ich auch dahingehend erweitern, dass wir weiters diesen gleichlautenden Antrag an den OÖ. Verkehrsverbund stellen, mit dem dringenden Ersuchen, dass 100 %ige Zivilblinden die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im gesamten Bereich des OÖ. Verkehrsverbundes ehestmöglich unentgeltlich zu gewähren sei. Denn die Problematik ist die, dass man ja bei den Busfahrern keine Karten mehr bekommt, dass man das also bei den Automaten lösen muss und dass diese für 100 % Erblindete sehr schwierig zu bedienen sind.

Es ergeht der Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

12) Stw-88/03 Städt. Verkehrsbetrieb - Preisanpassung per 01. 01. 2004

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 03. 10. 2003 über die Preisanpassung für den städt. Verkehrsbetrieb mit Wirksamkeitsbeginn 01. 01. 2004 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Beförderungspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

Zusatzantrag zum
Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

In der Tarifordnung für den Stadtbus ist unter F) Behinderte - 100 % Zivilblinde frei - einzufügen.

Weiters ist ein gleichlautender Antrag an den OÖ. Verkehrsverbund mit dem dringenden Ersuchen weiterzuleiten, 100 %igen Zivilblinden die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im gesamten Bereich des OÖ. Verkehrsverbundes ehestmöglich unentgeltlich zu gewähren.

Ich ersuche einerseits den Antrag, und andererseits diesen Zusatzantrag, den ich jetzt dem Herrn Bürgermeister auch noch übergeben werde, zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Der Kollege Hauser hat ja auf eine Problematik hingewiesen, die mir nicht neu ist, und zwar deswegen nicht neu ist, weil ich ja in der Vergangenheit mit der Thematik als zuständiger Stadtrat des öfteren konfrontiert wurde. Selbstverständlich hat er Recht, dass gerade in dem Bereich der völlig erblindeten ein Nachholbedarf notwendig ist, die Problematik wurde von ihm ja dargestellt, dass es ja schon allein bei der Lösung der Karte schwierig ist und was die weitere Bedienung betrifft. Allerdings ist es so, dass ja die Möglichkeit einer Begleitperson besteht, das sei nur am Rande bemerkt. Ich gehe davon aus, Herr Kollege Hauser, dass es möglich ist, im Zuge unserer vertraglichen Vereinbarung mit den OÖ. Verkehrsverbund, dass wir hier eine derartige Regelung vor Ort treffen. Ich erinnere mich nämlich nur daran, und darüber haben wir sehr ausführlich in verschiedenen Gremien, vor allen Dingen im Verwaltungsausschuss der Stadtwerke, diskutiert, als nämlich die Änderung für die Behinderten grundsätzlich eingetreten ist, im Zusammenhang des OÖ. Verkehrsverbundes. Du weißt, da hat es auch eine andere Regelung gegeben, die damals eine Besserstellung bewirkt hat und die neue Regelung ist aber maximal auf 70 % Behinderung ausgelegt worden. Also es gibt nur mehr eine Kategorie von Ermäßigung. Daher stelle ich nochmals die Frage, ob es tatsächlich möglich ist, dass wir diesen Antrag hier, konform unserer vertraglichen Vereinbarung beschließen? Wenn das so ist, dann bin ich selbstverständlich gerne bereit, diesen Antrag zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es freut mich, Herr Kollege Hauser, wenn sie sich um die Bedürfnisse der Behinderten annehmen. Ich würde sie aber auch bitten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bei dieser Tarifierhöhung auch die Bedürfnisse vieler anderer Personengruppen zu berücksichtigen, die in Zukunft vielleicht nicht mehr mit dem Bus fahren. Zwar deshalb, wenn sie sich anschauen - es klingt ja in Euro alles so hübsch wenig - alleine die Jahreskarte wird in Zukunft - und ich sage das jetzt bewusst in Schilling, weil in den Sitzungen wird auch immer noch in Schillingen gesprochen - 4.700,- Schilling kosten und das ist in Prinzip für manche Angestellte im Handel ein halber Monatslohn. 4.700,- Schilling für eine Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr in Steyr ist ein Wahnsinn. Da nützt es mir wenig, wenn diejenigen, die jetzt in Garsten sind, Garsten und Steyr mitbenützen können. Einer, der nur in Steyr fährt, hat davon nichts und zahlt umgerechnet 4.700,- Schilling im Jahr für den öffentlichen Verkehr. Die Entwicklung, meine Damen und Herren, ist wirklich die, dass wenn sie so mit den Leuten aus der Bevölkerung reden, warum sie nicht mit dem öffentlichen Verkehr fahren, da kommen immer zwei Argumente. Ich habe keine Zeit, das ist mir zu langwierig, oder mir ist das schlichtweg einfach zu teuer. Gerade in Steyr

haben wir ein Problem, dass wir zunehmend unsere Fahrgäste verlieren, unter anderem auch deshalb, weil manche einfach auf das zu Fuß gehen umsteigen. In Steyr ist einfach vieles relativ fußläufig erreichbar und irgendwann überlegt man sich das wirklich, ob man statt eine Jahreskarte um 4.700,- Schilling zu erwerben, nicht doch hin und wieder zu Fuß geht, mit dem Rad fährt usw. Das ist zwar wünschenswert, dass die Leute zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren, aber für unsere Verkehrsbetriebe eigentlich nicht wirklich. Ich weiß schon, es heißt immer der Verbund ist schuld usw., aber vielleicht sollten wir uns auch ein bisschen auf die Füße stellen, weil es ist ein Unterschied, ob ich 4.700,- Schilling in einer Stadt wie Linz zahle, oder ob ich diesen Betrag in Steyr zahle. Wobei ich finde, egal ob Linz oder Steyr, es ist für den öffentlichen Verkehr einfach zu hoch. Sie merken das ja allein schon daran, dass wir kaum Leute haben, die eine Jahreskarte nehmen. Ich glaube, es waren 34 Leute. Wenn sie sich anschauen, dass wir 42.000 Einwohner haben, dann sind 34 Jahreskarten nicht all zu viele. Es sollte ja eigentlich unser Anliegen sein, mehr Leute dazu zu bringen, mit dem öffentlichen Verkehr zu fahren und im Endeffekt liefern wir jetzt nur ständig Argumente, dass es weniger werden. Vielleicht sollte man da durchaus auch mehr Richtung Verbund argumentieren, nicht dass wir immer nur so im Zugzwang sind, ja wir müssen halt, es ist halt so, es geht nicht anders, weil wenn ich mir das in anderen europäischen Ländern anschau, da schaut die Sache mit dem öffentlichen Verkehr durchaus anders aus. Ich war unlängst in Paris sehr überrascht - und Paris ist nicht dafür bekannt, dass es sehr billig ist - für eine U-Bahnkarte 90 Cent zu zahlen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ist aber durchaus vergleichbar mit Steyr.

Gelächter

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Man kann alles ins Lächerliche ziehen, Herr Kollege Eichhübl, aber es ist schon symptomatisch, dass in anderen europäischen Ländern der öffentliche Verkehr günstiger ist, ob das Italien oder Frankreich ist, es ist so. Interessanterweise, dort fahren auch mehr Leute, dort wird mehr mit dem Bus gefahren und bei uns haben wir eigentlich die gegenteilige Entwicklung. Das heißt, ich habe eine Befürchtung, dass die Erlössituation trotz höherer Tarife nicht steigen wird, sondern einfach de facto sogar sinken wird, weil einfach weniger Leute mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Es ist natürlich ein Pech für unseren Stadtrat Willi Hauser, dass es zu seinen ersten Amtsvorschlägen gehört, dass er Gebührenerhöhungen beschließen muss, aber das ist halt so und man erbt ja so manches vom Vorgänger.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Jetzt werden sie von mir gleich ein Minus bekommen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich werde wahrscheinlich gleich ein zweites kassieren, lieber Herr Stadtrat in spe. Ich habe seinerzeit bei einer Gemeinderatssitzung ja erwähnt, dass im Zuge der vielen Personenkreise, für die es Ermäßigungen gibt, ein Personenkreis abgeht und das ist in Steyr kein unwesentlicher, nämlich alle jene, die Sozialhilfeempfänger sind. Man rechnet laut Schätzungen der Caritas, dass in Steyr ca. 7.000 Personen unter dieser Grenze liegen. Ich würde dich halt bitten, lieber StR Willi Hauser, dass du bei einer der nächsten Sitzungen, vielleicht gleich bei der nächsten, das einmal mit deinen Ausschussmitgliedern erörterst, einmal schaut, wie schaut das von der Statistik aus, weil ich kann mir vorstellen, dass viele dieser Sozialhilfeempfänger um einiges weniger verdienen als wie so mancher Pensionist. Obwohl ich zu den Pensionisten hier in Steyr sicher nichts abschlägiges sagen will, aber es gibt einen großen Personenkreis, der wirklich schauen muss, wie er sich das Brot leisten kann und vielleicht sollte man in der sozialen Vorzeigestadt Steyr auch diesen Personenkreis bedenken.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Natürlich ist an allem etwas dran und man kann natürlich auch alles und jedes neu beleuchten. Also, das mit den Sozialhilfeempfängern werde ich jetzt zumindest einmal erheben, wie viele das wirklich sind und um was es da geht. Das ist sicherlich kein Problem, bei der anderen Angelegenheit des Zusatzantrages, möchte ich sagen, ich habe ja nicht umsonst dazugesagt, dass wir ihn in die Kategorie Hauspreis tun und in der Kategorie Hauspreis können wir das beschließen, weil wir ja nicht den OÖ. Verkehrsverbund damit belasten und wir einen gleichzeitigen Antrag an den OÖ. Verkehrsverbund stellen, dass er das auch übernehmen möge. Es ist zwar richtig, dass es diese Begleitpersonen gibt, aber grundsätzlich ist es natürlich auch so, dass diese 100 % Erblindeten mit ihren Hund z. B. auch durchaus alleine bewegungsfähig sind und es an und für sich nicht immer notwendig sein müsste, dass sie immer eine Begleitperson mitnehmen, nur dass sie mit dem Autobus fahren können. Ich denke mir daher, dass wir das schon berücksichtigen sollten. Auf den Hinweis der Kollegin Frech, denk ich mir, natürlich hat sie Recht, dass es so ist, aber das ist ja nicht eine Entwicklung, die ich gerade gemacht habe, sondern der Preis war 334,-- Euro und jetzt steigt er um 1,8 % auf 340,-- Euro, das sind 6,-- Euro für eine Jahreskarte und ich denke mir, dass das also durchaus aushaltbar ist, wenn wir uns auf der anderen Seite immer wieder beschwert haben, dass wenn wir ein paar Jahre nichts tun, die Sprünge dann so hoch werden. Ich denke mir, 1,8 % sind ein durchaus vertretbares Maß, weil sonst müssten wir das grundsätzlich diskutieren, ob wir das nicht grenzlich billiger machen. Da ist halt dann die Frage, wenn es nicht kostendeckend ist - und ich darf darauf hinweisen, dass wir trotz aller Bemühungen nach wie vor, in Schillingen gesagt, über 20 Millionen Schilling Defizit im städtischen Verkehrsbetrieb machen - ob es dann wirklich Sinn macht, dass wir, wenn wir den Preis niedriger machen, statt 34 Karten dann 50 Karten verkaufen, aber letztlich, wenn man es dann hochrechnet, der Einzelfahrschein ja auch billiger werden müsste. Das kann aber nur die falsche Taktik sein, wenn ich mir auf der anderen Seite denke, dass der Ruf ständig lauter wird, dass wir kostendeckend arbeiten sollten. In diesem Sinne ersuche ich einerseits den Antrag und andererseits auch den Zusatzantrag zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Hauptantrag. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme - LIF. Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zum Zusatzantrag - wer für diesen Zusatzantrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Leider Gottes wieder eine Veränderung im Tarif, wie sie jetzt gleich wieder hören werden. Es ist aber natürlich so, dass wir uns hier nicht selbst etwas zurechtgemacht haben, sondern es ist notwendig, dass wir aufgrund der Erlasse der Landesregierung Oberösterreichs agieren, die uns vorschreibt, wie hoch die Wasserbenutzungsgebühr sein muss, bzw. auch die Wasseranschlussgebühren. Da ist es halt so, dass wir jetzt einen Antrag vor uns liegen haben, der die Wasserbenutzungsgebühr erhöht und zwar in einem Ausmaß von 1,21 Euro pro m³ auf 1,27 Euro inkl. USt. In dem Antrag, wenn sie ihn aufmerksam lesen, steht noch drinnen, die Anschlussgebühren 2004 bleiben zu 2003 unverändert. Jetzt könnte ich sagen, da wir ja schon Faschingszeit haben, ätsch - falsch gerechnet, denn leider Gottes haben wir jetzt am 10. November die Erweiterung des Erlasses bekommen, wo also auch die Anschlussgebühren zu erhöhen sind, weil es nicht unter die Bezifferung, die das Land Oberösterreich vorschlägt, gehen darf. Das heißt, beim nächsten Gemeinderat werden wir ebenfalls die Erhöhung der Anschlussgebühren haben.

Es ergeht der Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat.

13) Stw-89/03 Städt. Wasserversorgung - Wassergebührenordnung; Änderung zum 01. 01. 2004

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 02. 10. 2003 wird der Wertanpassung der Wasserbenutzungsgebühr entsprechend dem in der Beilage mitübermittelten Verordnungsentwurf und der darin enthaltenen Gebührenhöhe zum 01. 01. 2004 zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung?

Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Zum Erstaunen und allgemeiner Bewunderung, habe ich zumindest gehört, meldet sich der Kollege Eichhübl zu Wort. Selbstverständlich tue ich das, aber nicht deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ich bis vor kurzem der zuständige Referent war, sondern ich möchte hier eine grundsätzliche Anmerkung vor ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, machen. Tarif- und Gebührenanhebungen, Herr Kollege Apfelthaler, sind zweifelsohne für alle Beteiligten und Betroffenen eine sehr unangenehme Sache. Eine unangenehme Sache für jene, die sie beschließen müssen, für jenen Stadtsenatsbereich und für jene Mitglieder des Stadtsenates, die eben als verantwortliche Referenten diese Anträge stellen müssen. Vor allen Dingen sind sie aber für jene unangenehm, die diese höheren Tarife schlussendlich zu bezahlen haben. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion und werden das in Zukunft auch nicht anders halten, dass wir jenen Tarifierhebungen, die begründbar sind, die zum einen aufgrund der Indexanhebungen und im Bereich der Indexanhebung passieren und wenn sie kalkulierbar nachgewiesen werden, selbstverständlich nicht erfreut, aber doch die Zustimmung geben. Das betrifft ja auch diesen Antrag. Der Kollege Hauser hat ja auch darauf hingewiesen, dass es sich um eine Anhebung von 6 Cent pro m³ bezogenen Wasser handelt. Ich darf in Ergänzung dazu sagen, dass wir in Steyr nach wie vor in der glücklichen Lage sind, vonseiten der Stadtwerke ein absolut einwandfreies, nicht chemisch „veredeltes“ Trinkwasser an die Bevölkerung zu liefern. Das sind immerhin pro Kopf und Nase, meine sehr geehrten Damen und Herren, mehr als 170 Liter pro Tag. 170 Liter pro Tag werden im Durchschnitt pro Kopf und Nase in der Stadt Steyr verbraucht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf hier aber doch auch eines hinzufügen. Nachdem gerade der Bereich Trinkwasser nicht alleine aus dem Bezug besteht, sondern von vielen in einem Atemzug genannt wird, nämlich die Kanalbenützungsgebühr, darf ich das hier auch ansprechen. Wie schaut denn die Situation da aus? Da haben wir uns nicht umsonst, vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, dagegen ausgesprochen, dass der Gemeinderat im Jahre 1978 einen Vorausbeschluss bis in das Jahr 2004 getroffen hat, der eine ständige Anhebung der Kanalbenützungsgebühr zum Inhalt hatte. Wir vertreten nach wie vor die selbe Meinung und ich sage ihnen das auch sehr dezidiert und genau deswegen, weil wahrscheinlich auch der Kollege Hauser in Zukunft damit konfrontiert werden wird, weil viele eben meinen, dass die Kanalbenützungsgebühr und der Bezug von Trinkwasser ein Tarif sind. Dem ist beileibe nicht so. Der Wasserbezug beträgt zur Zeit - jetzt rede ich noch von den Euro 1,21 inkl. der 10 %igen Steuer pro m³ Wasser, das sind 16,65 Schilling und die Kanalbenützungsgebühr wird noch bis Jahresende Euro 2,43 betragen, das sind 36,74 Schilling. Also, um mehr als das Doppelte kostet die Kanalbenützungsgebühr, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben es einfach deswegen nicht für richtig gefunden, weil man die Indexanhebung natürlich im Jahr 1978 noch nicht berücksichtigen konnte und weil man vor allen Dingen dazu keine Kalkulationsgrundlage erstellt hat. Wie gesagt, es wird auch im Jahre 2004 so sein, dass diese Kanalbenützungsgebühr automatisch auf Euro 3,64 ansteigt, das sind immerhin 53,39 Schilling, das wird dann gemeinsam mit der Bezugsgebühr 1 m³ Wasser kosten. Aber nochmals, ich lege Wert darauf, dass hier eine Trennung gemacht wird, einerseits die Kanalbenützungsgebühr und andererseits - und von dem reden wir heute - ist das die Wasserbezugsgebühr. Ich hoffe, sie haben dafür Verständnis gehabt, dass ich ihnen das auch aufzeige, weil wie gesagt, speziell zum Jahresende immer wieder viele Mieter von Wohnungen, aber auch Hausbesitzer kommen und überrascht feststellen, dass die Betriebskosten bei der Miete entsprechend gestiegen sind. Dann bezieht man sich immer wieder auf den generellen Begriff Wasser und das sollte man hier auch ganz klar und deutlich darstellen, dass es da um zwei Kategorien von Gebühren geht, nämlich wie gesagt nochmals, einerseits die Wasserbezugsgebühr pro m³ Wasser, die nicht einmal die Hälfte von dem ausmacht, was 1 m³ Wasser kostet, der in das Kanalnetz der Stadt Steyr entsorgt wird. Meine Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag werden wir vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nicht erfreut - habe ich bereits gesagt - aber dennoch die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das war interessant Roman. Willi, Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ja, ich bin dem Herrn GR Eichhübl sehr dankbar, dass er

diesen Ausflug gemacht hat, wobei ich dazu schon sagen möchte, dass natürlich diese Zahl 2004 nicht irgendwie freiweg angesetzt wurde, sondern dass die auch auf die schon im Jahre 1998 beschlossene Anhebung der Wasserbenutzungsgebühr um jeweils 50 Groschen, die mittels Erlass der Landesregierung Oberösterreich fixiert wurde, anheim gegangen ist. Das ist ja nicht irgendeine Zahl, die wir uns selber ausgesucht haben, die Jahreszahl 2004, sondern wir haben das durchaus im Zusammenhang gesehen. Ein wichtiges Element, sich gerade in dieser Angelegenheit etwas zu überlegen und wo es aus meiner Sicht sehr wichtig ist, daran festzuhalten, dass wir für das Brauch- und Nutzwasser in der Zukunft natürlich etwas verrechnen sollten, das auch in den Kanal fließt. Ich glaube, da müssen wir uns wirklich etwas anstrengen und tun, denn wenn ich mir anschau, was also hier sonst noch alles durch den Kanal fließt, das nicht unbedingt mit dem Wasser, das ich aus der Wasserleitung entnehme zusammenhängt, dann sollten wir hier also schon schauen, dass die Kosten für das entnommene Wasser, welches dann in den Kanal fließt, etwas sinken könnten. Nichts desto trotz ersuche ich jetzt um Beschlussfassung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung, LIF. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter und ersuche nun den Herrn StR Mayrhofer um seine Ausführungen.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Wie sie festgestellt haben, habe ich die rote Laterne vom Kulturreferenten übernommen und bin nunmehr mit meinen Tagesordnungspunkten immer zum Schluss dran. Ich hoffe, dass das keine schlechtes Vorzeichen für die Budgets der kommenden Jahre ist, weil wie sie sehen, ist der Bedarf ein gewaltiger. Ich bin sehr froh, dass ich hier die Hilfe meiner Kollegen habe, z. B. auch im Bezug auf die Kanalbenutzungsgebühr, die eingenommenen Mittel werden sicherlich sehr gut verwendet.

In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Straßensanierung Leitnerberg, die ist ja derzeit gerade in Bau. Hier wird nicht nur die Oberfläche saniert, sondern gleichzeitig auch der Gehsteigbereich gemacht. Bisher war ja von der Redtenbachergasse abwärts kein Gehsteig vorhanden und auch das vorhandene Gehsteigstück bis zur Redtenbachergasse war für Personen mit Kinderwägen oder Behinderte aufgrund der Stiege nicht benutzbar.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

14) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Auftragserweiterung Leitnerberg

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18. 08. 2003 wird der Vergabe für die Errichtung der Auftragserweiterung Leitnerberg an die Fa. Auinger KG, Ardagger, wie folgt zugestimmt.

Vergabevorschlag:

Vergabevorschlag - Auftragnehmer - Errichtung/Finanzierung - Betrag inkl. MWSt.

1. Bauarbeiten - Fa. Auinger KG, Ar-dagger - 2003 - 271.962,21
2. Eigenleistungen - Fa. Kommunale Dienste - 2003 - 4.037,79

Gesamt: EUR 276.000,-- inkl. MWSt.

Die erforderlichen Mittel werden wie folgt finanziert und bei VSt. 5/612000/002000 freigegeben.

Finanzierung des Bauvorhabens:

Budget - Betreff - Voranschlagstelle - Betrag inkl. MWSt. - Bemerkung

2003 - Asphaltierungsprogramm Leitnerberg - 5/612000/00200 - 84.000,-- - Budgetmittel 2003, Rest

2004 - Restliche Mittel Leitnerberg (Vorfinanzierung Fa. Auinger) - 5/612000/002000 - 192.000,-- - - erford. Budgetmittel 2004

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47, 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um die Annahme eines Fördervertrages bei der Kommunalkredit AG für den Bauabschnitt 12 unserer Abwasserbeseitigung. Das ist ein Formalakt, genauso wie der nächste Tagesordnungspunkt.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) Fin-43/03 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 12; Annahme Fördervertrag;
DRINGLICHKEITSBESCHLUSS

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. August 2003 wird der Annahme des Fördervertrages (Antragsnummer A300745) der Kommunalkredit Austria AG, Türkenstraße 9, 1092 Wien, für den Bauabschnitt 12, Abwasserbeseitigung Stadt Steyr zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag betrifft ebenfalls einen Dringlichkeitsbeschluss für die Annahme des Fördervertrages für den Bauabschnitt 10.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) Fin-172/01 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 10; Annahme Fördervertrag;
DRINGLICHKEITSBESCHLUSS

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. August 2003 wird der Annahme des Fördervertrages (Antragsnummer A300732) der Kommunalkredit Austria AG, Türkenstraße 9, 1092 Wien, für den Bauabschnitt 10, Abwasserbeseitigung Stadt Steyr zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich darf darauf hinweisen, dass das zwei Anträge waren, die kein Geld kosten, sondern welches bringen.

Der nächste kostet wieder etwas. Hier geht es um Kanalbauarbeiten im Liedgutweg im Bereich am Tabor oben. Für die Baustellenkoordination nach dem Baustellenkoordinationsgesetz und für die

Beweissicherung ist ebenfalls eine Auftragsvergabe notwendig.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) BauT-3/03 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Kanalbauarbeiten „Erneuerung NK Liedlgutweg 2, Baulos 2003“, Baustellenkoordination nach BauKG und Beweissicherungen; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 16. Oktober 2003 werden die Bauarbeiten für die Kanalisation NK Liedlgutweg 2 wie folgt vergeben:

A) Kanalbauarbeiten, Straßenbeleuchtung und Straßenbau - Fa. Zehetner, Amstetten EUR 177.886,30 exkl. MWSt.

B) Baustellenkoordination laut BauKG - Baumeister Ing. Ulrich Reisinger, Steyr EUR 1.130,-- exkl. MWSt.

C) Beweissicherung von Gebäuden - Baumeister Ing. Ulrich Reisinger, Steyr EUR 1.200,-- exkl. MWSt.

Gesamtkosten Bauvorhaben NK Liedlgutweg EUR 180.216,30 exkl. MWSt.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung des Bauvorhabens NK Liedlgutweg 2 werden in Höhe von EUR 180.216,30 im Budget 2003 bei der VSt. 5/851000/004530 „Kanalbau Einzugsgebiet FI - FIII“ bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 180.216,30 exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Kanalisation - und zwar steht hier Steyrdorf Teil 6. Das ist jener Teil, der vom Wehrgraben hinauf geht, Ahlschmiedberg unter der Voralpenbundesstraße durch, beim jetzigen Parkplatz St. Anna hinauf und der dort an das bestehende Kanalnetz anschließt. Ich darf hier bemerken, dass das mit Sicherheit eine der schwierigsten Baustellen war, die wir bisher im Kanalbereich überhaupt gehabt haben. Wir haben geglaubt, dass die Kaigasse die schwierigste war, aber wir haben erleben müssen, dass hier aufgrund der nicht vorhandenen Fundamente der daneben liegenden Mauern und der Topographie in diesem Bereich, die Bauarbeiten sehr schwierig waren. Bei diesem bergmännischen Vortrieb, der unter der Straße hindurch gemacht wurde, ist auch sehr viel Wasser gekommen und die engen Verhältnisse dort, waren auch äußerst schwierig. Mein Lob und meine Anerkennung an die damit beauftragten Beamten und Firmen. Es hat allerdings auch dazu geführt, dass zusätzliche Kosten entstanden sind und zwar Mehrleistungen im Wert von 64.000,-- Euro und das führt zu einer Erhöhung und einer insgesamt Erweiterung des Auftrages um 99.020,80 Euro.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) BauT-13/02 Kanalisation Stadt Steyr 2003, Steyrdorf Teil 6; Antrag um Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für zusätzliche Arbeiten KREDITÜBERTRAGUNG und DRINGLICHKEITSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 14. Oktober 2003 werden in Verbindung mit

den Kanalbauarbeiten Steyrdorf Teil 6, die folgenden Aufträge vergeben:

- Büro Dr. phil. Peter Baumgartner - geolog. Gutachten in Höhe von EUR 3.039,77 exkl. MWSt.
- Fa. Erfurth Spezialbau - Rissanierung in Höhe von EUR 1.228,21 exkl. MWSt.
- Fa. Ing. Günther Nikodem - Baumpflege in Höhe von EUR 1.788,-- exkl. MWSt.
- Stadtwerke Steyr - Wasserleitungsumlegung in Höhe von EUR 1.345,70 exkl. MWSt.
- Fa. Halbartschlager - Bepflanzung in Höhe von EUR 1.639,12 exkl. MWSt.
- Fa. Koller - Auftragserweiterung für zusätzliche Kanal- und Oberflächengestaltungsarbeiten in Höhe von EUR 64.000,-- exkl. MWSt.
- 1. Nachtragsangebot EUR 25.980,-- exkl. MWSt.

Gesamt: EUR 99.020,80 exkl. MWSt.

Gleichzeitig wird der oben bereits beinhalteten nachträglichen Vergabe für Leistungen (1. Nachtragsangebot) in Höhe von EUR 25.980,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die Mittel für die angeführten zusätzlichen Leistungen in Höhe von gesamt EUR 99.020,80 exkl. MWSt. werden bei der VSt. 5/851000/004280 „Kanalbau Steyrdorf“ in Höhe von EUR 68.400,-- bereitgestellt. Die restlichen Kosten in Höhe von EUR 19.200,-- werden im Wege einer Kreditübertragung von der VSt. 5/851000/004530 „Kanalbau Einzugsgebiet FI - FIII“, sowie in Höhe von EUR 11.420,80 von der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ zu VSt. 5/851000/004280 „Kanalbau Steyrdorf“ bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 99.020,80 exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben, das darf ich noch dazusagen, in diesem Bereich natürlich auch die Gestaltung sehr schön gemacht und ich darf es jedem nahe legen, sich diesen Ahlschmiedberg anzusehen, es ist sicher auch ein Schmuckstück.

Der nächste Punkt, Bebauungsplan Nr. 5 bezieht sich auf den Ortsteil Christkindl.

Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

19) BauGru-7/03 Bebauungsplan Nr. 5 - „Christkindl“ Änderung Nr. 6

Der Gemeinderat möge die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 - Christkindl - Änderung Nr. 6 - entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 10. März 2003 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 4. August 2003 beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Punkt bezieht sich auf ein Neuplanungsgebiet. Neuplanungsgebiet heißt, dass hier ein generelles Bauverbot ist, Ausnahmen kann der Gemeinderat genehmigen. Es ist eine Vorsichtsmaßnahme und bezieht sich auf das Hochwasser des vorigen Jahres. Das war so groß, dass auch Gebiete betroffen wurden, die bisher in unseren Plänen nicht berücksichtigt worden sind. Man möchte jetzt den neuen Katastrophenschutzplan abwarten, um auch zu sehen, ob man nicht weitere Gebiete mit Baueinschränkungen oder überhaupt auch Bauverboten belegen soll. Das ist hier eben der dafür rechtlich notwendige Schritt und ich ersuche um Zustimmung.

Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

20) BauGru-28/03 Neuplanungsgebiet Nr. 3 - Hochwasserabflussbereiche

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die zeitliche Verfügung eines Neuplanungsgebietes Nr. 3 - Hochwasserabflussbereich beschließen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gibt es Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung und kommen nun zur „Aktuellen Stunde“.

Hat die SPÖ einen Punkt?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die Grünen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Liste Frech?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Aus wirklich aktuellem Anlass, ich kann es zwar als Thema eigentlich schon fast nicht mehr hören, aber es ist so, leider müssen wir es nach wie vor thematisieren und das ist das Thema Stadtplatz. Ich kann es deshalb schon nicht mehr hören, weil mir die Taten fehlen. Es gab jetzt 7 Arbeitsgruppensitzungen in der Zeit zwischen 6. März d. J. und 22. September. Da gibt es Hunderte Seiten von Protokollen mit tollen Vorschlägen von Leuten aus dem Bereich der Hausbesitzer, von den Geschäftsleuten, alle politischen Fraktionen waren dabei und es sind eine Menge Vorschläge ausgearbeitet worden, die alle auf Konsens beruhen. Der Herr Bürgermeister hat dann in der letzten Sitzung gesagt, er möchte dazu eine Pressekonferenz machen und dies ist auch passiert. Wenn ich mir jetzt so anschau, was in dieser Presseaussendung gestanden ist, dann frage ich mich schon, wie geht es jetzt eigentlich wirklich weiter mit dem, was in 7

Sitzungen an kreativen Potential vorgekommen ist? Was ist zu lesen? „Schaffung von Möglichkeiten zum legalen Plakatieren, Konzept in Arbeit.“ Soweit ich mich erinnern kann, hat es bereits einen Prototyp vom Dr. Kaiser gegeben, in Richtung Litfasssäule, es ist nachher nie wieder verfolgt worden. Seit ungefähr 15 bis 20 Jahren reden wir über das Thema Litfasssäule. Jetzt gibt es ein Konzept in Arbeit. Das ist mir eigentlich ein bisschen zu wenig. „Beiziehen von Experten zur Gestaltung des Stadtplatzes wird vorbereitet.“ Also, wenn wir jetzt erst vorbereiten, dass wir Experten beiziehen, halte ich das auch für ein bisschen sehr langwierig. Der letzte Punkt, und das ist für mich eigentlich auch der Anlass für die „Aktuelle Stunde“, die attraktive Weihnachtsbeleuchtung, die bereits in Arbeit ist, weil das Thema Weihnachtsbeleuchtung ist jedes Jahr wieder ein Thema. Derzeit ist es meines Erachtens sehr unbefriedigend gelöst und dieser Tage habe ich auch hören müssen, dass es anscheinend heuer noch weniger an Weihnachtsbeleuchtung geben soll, wie in den letzten Jahren. Wobei ich eigentlich davon ausgegangen wäre, dass wir eher eine immer tollere Weihnachtsbeleuchtung bekommen, weil immerhin sind wir eine Christkindstadt und wir müssten eigentlich oberösterreichweit die tollste Weihnachtsbeleuchtung haben, dass die Leute alleine aufgrund der Weihnachtsbeleuchtung nach Steyr kommen. Aber eines kann es nicht sein, dass es umgekehrt schlechter wird und angeblich gibt es heuer diese Dreiergruppen mit den Bäumchen mit den Wegweisern nicht mehr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Stimmt nicht!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Darum mache ich ja die aktuelle Stunde, darum möchte ich ja wissen, was ist jetzt wirklich Sache, angeblich scheitert es ein bisschen am Geld, die Bäume sind zu teuer. Wie schaut es aus, Herr Bürgermeister, meine Frage an sie, wie wird die Weihnachtsbeleuchtung heuer ausschauen und vor allem, wie schaut es jetzt mit Stadtplatz im Aufbruch aus? Wird es dazu einen Prioritätenkatalog geben, der auch allen zugänglich ist, die bei diesen Arbeitsgruppensitzungen dabei waren? Bis jetzt haben wir irrsinnig viele Vorschläge, es ist aber nicht klar, wer diese Vorschläge umsetzt, bis wann werden sie umgesetzt und wie soll es weitergehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zum Thema Stadtplatz im Aufbruch; es hat eine Pressekonferenz gegeben und bei dieser Pressekonferenz ist auch dieser Maßnahmenkatalog vorgelegen. Wenn du bei diesen Besprechungen dabei warst, da haben wir in der Runde schon gesagt, dass natürlich einige Vorhaben dabei sein werden, die noch teurer sind und die nicht so leicht umzusetzen sein werden, die noch einer weiteren Beratung bedürfen, das ist ganz klar. Das entscheidende Gremium, das über diese Vorhaben und Maßnahmen entscheidet, ist der Gemeinderat, aber wir sind selbstverständlich bemüht, möglichst alle dieser Vorhaben umzusetzen. Und so ist das dort auch diskutiert worden. Sehr viele Punkte - und das ist auch in der Pressekonferenz erklärt worden - werden z. B. vom Herrn Pech weiter betrieben, z. B. auch das Thema Weihnachtsbeleuchtung. Die Weihnachtsbeleuchtung - das muss ich ganz klar dazusagen - ist heuer deswegen auch ein Problem, weil es in Steyr sehr viele Vandalen gibt und von den 18 Baumgruppen, die es am Stadtplatz gegeben hat, sind nur mehr 8 vorhanden, 10 sind kaputt. Auch die Kaufleute wollen dafür sehr wenig Geld zahlen, um diese Instandhaltung der Bäume zu gewährleisten, sodass wir uns entschlossen und gesagt haben, jeder der mitzahlt, bekommt auch solche Bäume, die 8 vorhandenen werden selbstverständlich aufgestellt, da gibt es überhaupt keine Diskussion und es werden auch die Gestelle, die ja vorhanden sind, den Kaufleuten zur Verfügung gestellt. Es war auch der Wunsch der Kaufleute, dass sie selbst Bäume aufstellen und schmücken. Diesem Wunsch wird auch entgegengekommen und für die verschiedenen Stadtbereiche gibt es auch Maßnahmen, die der Herr Pech verfolgt und mit den einzelnen Leuten bespricht. Es werden auch von der Stadt Steyr entsprechende Geldmittel zur Verfügung gestellt, um die verschiedenen Bereiche aufzurüsten, wie wir das in den vergangenen Jahren immer gemacht haben. So sieht es im Konkreten aus.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, wird es diese Liste geben, wo man dann weiß, was wird umgesetzt?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt diese Liste, die letztgültige Liste ist ja da.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eine Liste mit einem Zeitplan, mit einem Zuständigkeitsplan?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da steht drauf, wer zuständig ist, ob das gemacht werden kann. Über einzelne Maßnahmen, wie z. B: wenn da Parkgarage drinnen steht, da kann ich nicht sagen, die wird nächstes Jahr gebaut, wenn ich noch keinen Errichter habe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es von der ÖVP noch eine Stellungnahme dazu?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist kein Geheimnis, dass ich mich da wirklich der Michaela Frech anschließe, auch ich bin der Meinung, dass die Ausbeute hier eine sehr geringe ist und das Ergebnis sehr dürrig ist. Wenn ich im Prinzip in den Vordergrund stelle, als Maßnahme für den Stadtplatz im Aufbruch, dass eine Grünwelle kommen soll und dass ich auf der Vorlandbrücke Bodenmarkierungen anders mache, dann sind das mit Sicherheit sinnvolle Maßnahmen, die zu unterstützen sind, aber mit Sicherheit ist das etwas, was eigentlich nicht unmittelbar für den Stadtplatz in Aufbruch gilt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist aber auch bei den Maßnahmen dabei gestanden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es gibt natürlich einen Betreiber, der Interesse hat die Parkgarage zu errichten - nicht zu betreiben, aber zu errichten - es gibt auch Interessenten, die es betreiben möchten, aber die Aussage der Stadt ist, der Bedarf ist derzeit nicht gegeben und darum ist das mit Sicherheit momentan nicht so interessant. Das ist etwas, was ich unter keinen Umständen unterstützen kann und hier bin ich der Meinung, dass das wirklich ein schwerwiegender Fehler ist. Hier macht man eine Weichenstellung, die für die Innenstadt äußerst schädlich ist, das ist im Prinzip gleichzusetzen mit dem Todesstoß, weil jetzt können wir wirklich nur mehr abwarten, wie ein Geschäft nach dem anderen schließen wird. Hier wird auch ein Herr Pech, mit seinen geringen Möglichkeiten und Kompetenzen, daran nichts ändern können. Es geht hier um eine grundsätzliche Einstellung und die ist bei der Pressekonferenz, glaube ich, sehr deutlich manifestiert worden, welche Einstellung die Stadt zu ihrer Innenstadt hat. Das ist nicht meine Einstellung, das möchte ich dazusagen.

GR Walter Gabath verlässt um 17.22 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine Stellungnahme der FPÖ?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist alles gesagt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Es ist schon irgendwie ein bisschen traurig, dass man bei so einem wichtigen Prozess, der vor den Wahlen stattgefunden hat, nicht weiß wie es damit nach den Wahlen weitergeht. Es hat eine Zukunftswerkstatt gegeben, ich denke mir, das ist eine gute Einrichtung gewesen und es hat diese Veranstaltungen vom Stadtplatz im Aufbruch gegeben, um den Menschen irgendwie auch Hoffnung zu geben bzw. auch seitens der Politik zu zeigen, dass sie in der Gemeindepolitik auch mitreden sollen und dürfen und das ist auch ein wesentlicher Schritt. Ich denke mir, das ist auch ein wesentlicher Faktor in Richtung Bürgerbeteiligung. Die Crux dabei ist, dass man sich nicht rechtzeitig ausgemacht hat, was man denn mit diesen Ergebnissen überhaupt machen will. Ich habe in mehreren Gesprächen immer wieder gesagt, Freunde, es ist alles recht schön und gut, wenn ihr euch dort einbringt, aber ihr müsst auch von der Politik verlangen, dass es einen Maßnahmenkatalog gibt, der aber fix abgearbeitet werden muss. Das heißt, kurzfristig, mittelfristig, langfristig; dass wir nicht alles auf einen Schlag beheben, das ist jedem Kaufmann oder jedem, der bei dieser Veranstaltung mitgemacht hat, klar.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Warst du nicht dort?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich war x-mal dabei.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Warst du beim letzten Mal dabei?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, freilich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da ist ganz klar gesagt worden, was schon umgesetzt ist, was demnächst umgesetzt wird und was wahrscheinlich einer längeren Diskussion bedarf, weil es ja entsprechende Kosten sind. Das ist alles festgelegt.
Ich verstehe die Welt nicht, weil die Leute, die in der Gruppe drinnen gesessen sind, waren im großen Ausmaß mit dem Ergebnis zufrieden und sind es auch heute noch, weil sehr viel geschehen ist.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Lieber Herr Bürgermeister, weißt du was das war? Das war diese Presseaussendung, die seitens des Magistrates ausgesandt wurde, dass der Ausfluss dieser Bürgerbeteiligung, dieser oftmaligen Bürgerbeteiligung, eine grüne Welle und ein paar Striche auf der Straße sind und das kann es ja wohl nicht gewesen sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist ein Missverständnis.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Dann muss man bitte dieses Missverständnis auch richtig stellen, weil wir können nicht einerseits zu den Leuten sagen, beteiligt euch an der Politik der Gemeinde, bringt eure Vorschläge ein und dann lesen sie in der Zeitung, ein paar Striche und eine grüne Welle. Da muss ich dem Herrn Mayrhofer ja Recht geben, wenn das alles gewesen ist, das kann es wohl doch nicht sein.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Bgm. Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Darf ich bitte ausreden, du kannst dich dann eh zu Wort melden.
Was den Zeitplan anbelangt - also ich habe keinen Zettel, wo steht welche Maßnahmen in welchen Zeitraum umgesetzt werden müssen. Ich bin auch nicht unbedingt der Meinung vom Herrn Mayrhofer, dass er sagt, dass die Ausbeute gering ist. Die Ausbeute war relativ groß, man hat schon gemerkt, dass die Leute eigentlich mit Bauch und Kopf bei der Sache dabei sind. Wenn wir in Zukunft Bürgerbeteiligung haben wollen, dann dürfen wir sie nicht vor den Kopf stoßen und sagen, bzw. andeuten, ja jetzt, wo die Wahlen um sind, wo wieder alles frisch gemischt ist, jetzt werden wir das dort und da irgendwann einmal angehen. Ich denke mir, in Zukunft, auch mit anderen politischen Konstellationen, wird es notwendig sein, diese Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Ich habe aber noch keinen Hinweis darauf, wann und wie die nächste Sitzung stattfinden wird, weil da würde ich schon darauf drängen, dass man dieses Potential weiter nutzt, dass diese Menschen auch weiterhin mitreden können und nicht darauf berufen, es gibt eh politische Vertretungen, die werden das schon irgendwie schaukeln. Bitte noch einmal, schauen wir uns das noch einmal genauer an, gehen wir auf diese Leute zu und sagen, machen wir einen Maßnahmenkatalog, auch unter der Prämisse unserer finanziellen Möglichkeiten. Das ist, glaube ich, auch jedem klar und am allermeisten wahrscheinlich einem Kaufmann, dass man nicht alles auf einen Schlag erledigen kann, aber wir müssen ihnen auch sagen, ja, das was ihr in stundenlanger Arbeit hier herinnen gemacht habt, das wollen wir auch in unsere Kommunalpolitik übernehmen. Und bitte nicht sagen, eine grüne Welle und ein paar Striche auf der Straße; das alleine ist zuwenig. Wenn du es anders gemeint hast, Herr Bürgermeister, dann stelle das bitte richtig, damit es die Leute da draußen auch begreifen. Aber wie man sieht, sind sich nicht einmal alle im Gemeinderat dessen bewusst, was das denn für eine Aussage war und ob das jetzt alles war, was da gekommen ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Noch einmal zur Situation. Es gibt einen Katalog, wo alle Maßnahmen aufgelistet sind. Es gibt Maßnahmen, die bereits umgesetzt sind. Es gibt Maßnahmen, die in Arbeit sind, weil sie natürlich auch in verschiedene Ausschüsse müssen, weil die grüne Welle und solche Sachen haben natürlich auch mit dem Verkehrsausschuss zu tun usw. Es sind auch Maßnahmen dabei, die wahrscheinlich länger dauern werden und wenn der Herr Mayrhofer heute sagt, dass ein Parkgaragenbetreiber und

ein Errichter da wäre, dann bin ich ja nur froh, weil ein Grundstück dafür ist auch da. Und wenn sie zu denen gehen, dann kann ich ihnen sofort sagen, gehen sie zur Styria, gehen sie zum Herrn Seidl und sagen sie ihm, dass er dort eine Garage errichten kann. Jederzeit, er braucht sich nur das Grundstück von der Styria kaufen und kann sofort am nächsten Tag damit anfangen. Aus meiner Sicht spricht da gar nichts dagegen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Styria wäre auch bereit, das zu errichten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dann sollen sie es tun. Warum tun sie es dann nicht? Es gibt eine Studie der Uni Graz, die besagt, dort ist der ideale Standplatz, das Grundstück gehört der Styria, wenn sie es dort hinbauen wollen und wenn es einen Errichter und Betreiber gibt, dann haben wir ja alles, dann braucht das nur mehr eingereicht werden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Warum sagen sie dann, dass der Bedarf nicht gegeben ist?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das habe ich doch nie gesagt.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, die Styria hat zu mir gesagt, dass sie dort kein Parkhaus errichten wollen. Sie wollen es nicht errichten. Ich habe ja auch vorgeschlagen, sie sollen dort ein Bauwerk hinmachen mit einer Garage darunter und dann kann man darüber reden, ob man auch noch eine Etage für eine öffentliche Garage machen kann. Da haben sie gesagt, es gibt für sie jetzt 2 Varianten, das werden sie in ihrem Vorstand besprechen. Entweder sie verkaufen den Grund an einen zukünftigen Errichter, oder sie machen ein Kaufhaus dorthin.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Bürgermeister, haben sie gesagt, dass der Bedarf nicht gegeben ist, ja oder nein?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das habe ich nicht gesagt. Der Bedarf ist von der Uni Graz so erhoben worden. Natürlich müssen entsprechende Maßnahmen in der Umgebung gesetzt werden, das haben sie uns auch ins Stammbuch geschrieben. Das muss man auch ganz klar sagen, so ist das.

Damit sind wir am Ende unserer Sitzung. Die Summen, die heute beschlossen worden sind, belaufen sich auf 991.630,-- Euro. Damit ist die Sitzung geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.35 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Martin Fiala eh.

GR Kurt Apfelthaler eh.